Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1950)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanz-Direktion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Moeckli, G.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417425

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZ-DIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1950

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat **G. Moeckli**

A. Allgemeines

I.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1950 schliesst bei Fr. 9 496 789.10 Schuldentilgungen und Fr. 1 202 883.50 Abschreibungen mit einem Reinertrag von Franken 1 209 811.79 ab.

Im Voranschlag war ein Reinertrag von Fr. 3238 vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeigt somit eine Verbesserung von Fr. 1 206 573.79 gegenüber dem Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich von Fr. 51 313 027.47 auf Fr. 52 522 839.26.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei Aufschluss.

II.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere Erlasse auf:

a) Dekret vom 13. September 1950 über die Neufestsetzung der Grundbesoldungen des Staatspersonals.

b) Dekret vom 22. November 1950 über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1951 an Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

c) Regierungsratsbeschluss vom 28. April 1950 über die Abänderung der Verordnung vom 20. September 1935 betreffend die Vereinfachung der Staatsverwaltung.

III.

Noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes. Die Weiterbearbeitung der vorliegenden Entwürfe musste im Berichtsjahr hinter andern, dringenderen Geschäften zurückstehen.
2. Postulat Zimmermann betreffend Finanzausgleich zwischen den Gemeinden, Postulat Buri betreffend Vorlage für einen wirksamen Steuerausgleich, Postulat Willemain betreffend Abänderung des

Dekretes über den kantonalen Steuerausgleichsfonds. Die Prüfung dieses komplexen Problems erfordert bedeutend mehr Zeit als man angenommen hatte. Wir rechnen damit, dem Regierungsrat für die diesjährige Septembersession des Grossen Rates unsere Anträge unterbreiten zu können.

IV.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Nachdem sich im ersten Quartal des Berichtsjahres in einzelnen Wirtschaftszweigen gewisse Krisenerscheinungen gezeigt hatten, stellte sich in der Folge und namentlich nach dem Ausbruch des Koreakonfliktes ein erneuter Konjunkturaufschwung ein. Zu Beginn des Jahres gab die Zahl der Gesamtarbeitslosen zu einiger Besorgnis Anlass. Bereits vom Februar an machte sich aber auf dem Arbeitsmarkt eine rasche Entlastung fühlbar. Auch im Jahr 1950 musste die bernische Kreditkasse keine neuen Darlehen bewilligen.

Der Darlehensbestand hat eine Verminderung um Fr. 313 404.50 erfahren und ist von Fr. 981 888.25 Ende 1949 auf Fr. 668 483.75 Ende 1950 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 5114.25 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1950 einen Bestand von Fr. 177 350.55 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1950 Fr. 1 569 210.60 gegenüber Fr. 1 823 952.50 auf Ende 1949. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 305 101.15.

V.

Über die **Amtskautionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1950):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kaution geleistet durch						
	Amtsbürgschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	Total Kautionspflichtige
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	35	1	—	—	—	1	37
Beamte der Bezirksverwaltung	82	3	—	—	—	1	86
Angestellte der Bezirksverwaltung	268	6	—	1	1	14	290
Anstaltspersonal	41	2	—	2	1	1	47
Oberwegmeister	20	1	—	1	—	1	23
Kreiskommandanten	5	—	—	—	—	—	5
Sektionschefs	209	4	—	1	—	3	217
Nachführungsgeometer	28	1	—	—	1	—	30
Betreibungsgehilfen	150	1	1	—	—	4	156
Personal der Hypothekarkasse	54	—	—	—	—	—	54
	892	19	1	5	3	25	945
rund (in %)	94,4	2	0,1	0,5	0,3	2,7	100

B. Verwaltung

I. Direktionsbureau

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1950 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern): Nachlassgesuche in Steuersachen 9559 (8233); Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 2973 (2887); Entscheide über amtliche Inventaraufnahmen 2012 (2043), wobei in 22 Fällen (34) ein Inventar angeordnet wurde.

II. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Auf 30. Juni 1950 ist Kantonsbuchhalter Victor Michel nach 32jähriger Tätigkeit im Staatsdienst, wovon 15 Jahre als Vorsteher der Kantonsbuchhalterei, in den Ruhestand getreten. Über seinen Amtsnachfolger wurde schon im Verwaltungsbericht der Finanzdirektion für das Jahr 1949 berichtet. Aus Gesundheitsrücksichten wurde Charles Schleppi nach 30jähriger Tätigkeit auf der Kantonsbuchhalterei per 31. Dezember 1950 pensioniert. Als neue Arbeitskraft wurde im Verlauf des Frühlings 1950 Richard Aebi, der von der Verwaltung der Anstalt Waldau übernommen werden konnte, gewonnen.

Visa und Rechnungsführung

Zu Anfang des Jahres wurde die im Jahr 1949 vorbereitete Reorganisation des staatlichen Rechnungswesens verwirklicht. Der Voranschlag 1950 ist schon nach dem neuen System erstellt worden. Die Umstellung auf die maschinelle Durchschreibebuchführung und die Anwendung der Universalitäts-, Brutto- und Detailprinzipien hat sich auf das gesamte Rechnungswesen des Staates ausgewirkt und bei den Dienststellen, vor allem bei der Buchhalterei selber, zu teilweise tiefgreifenden Änderungen geführt. Der starke Ausbau des Kontenrahmens und des Sachgruppenplanes hatte eine wesentliche Zunahme der Betriebskonten zur Folge. Ihre Zahl ist um 1934 auf 3340 angestiegen. Durch Bereinigung und Zusammenlegung hat dagegen die Anzahl der Vermögenskonten um 275 abgenommen und beträgt Ende des Jahres 909.

Die Schaffung der vielen Sachkonten hatte erwarten lassen, dass sich die Anzahl der ausgestellten Anweisungen im Vergleich zu frühern Jahren zum mindesten verdoppeln würde. Die zu Beginn des Jahres von der Buchhalterei erteilten Instruktionen lauteten, dass ein solches Anschwellen des Buchungsmaterials nach Möglichkeit durch ein rationelles Zusammenfassen der Geschäfte und Gruppieren in Kollektivanweisungen vermieden werden solle. Dieses Ziel konnte, wenn auch nicht vollständig, so doch zum Teil erreicht und die Anzahl der Anweisungen von rund 50 600 im Vorjahr auf rund 43 000 herabgesetzt werden. Eine flüssigere und einfachere Zahlungsweise wurde durch die vermehrte Benützung des Postcheckkontos angestrebt. Dieses Konto weist für 1950 einen um rund 45 Millionen (164,5 Millionen) höhern Umsatz aus als für 1949. Es wurden ausgestellt:

20 275 Ausgabenanweisungen,
12 793 Einnahmenanweisungen,
9 944 Verrechnungsanweisungen.

Sie verursachten 84 800 Buchungen, wovon 41 350 die Betriebsrechnung und 43 550 die Vermögensrechnung betreffen. Innert 3–3½ Tagen nach Monatsende war es möglich, zur rechnerischen Kontrolle der vorgenommenen Operationen die Roh- und Saldobilanz zu erstellen. Im letzten Vierteljahr wurden durch Meldungen an die Dienststellen Schritte unternommen, um drohende Kreditüberschreitungen oder die Zunahme schon bestehender zu verhindern. Diese Massnahme zeitigte in diesem ersten Jahr mit neuem Rechnungswesen keine Früchte, indem von einer verhältnismässig bescheidenen Anzahl Überschreitungen per Ende November mit der auf Jahresende erfolgenden Liquidation der Geschäfte plötzlich rund 1200 der ca. 2600 Ausgabenkonten überschritten wurden. Die Erscheinung ist z. T. bedingt durch die bei der Erstellung des ersten Voranschlages aufgetauchten Schwierigkeiten. Sie dürfte sich mit der nun kommenden Erfahrung nicht in diesem Ausmass wiederholen.

Das neue Rechnungswesen stellte im Anlaufjahr grosse Anforderungen an das Personal der Buchhalterei, sowohl für die Einarbeitung in die Materie als auch für die Instruktion an die Rechnungsführer und die zwangsläufig sehr häufigen Korrekturen.

Betriebsrechnung

Der *Voranschlag* sah bei einem *Ausgabenüberschuss* der *Finanzrechnung* von	Fr.	14 040 814.—
und einem *Ertragsüberschuss* der *Rechnung der Vermögensveränderungen* von	»	14 044 052.—
einen Reinertrag vor von	Fr.	3 238.—

Die *Finanzrechnung* lautet:

Ausgaben	Fr.	248 739 339.82
Einnahmen	»	248 259 366.37
Ausgabenüberschuss	Fr.	479 973.45
Im Vergleich zum Voranschlag ist der Ausgabenüberschuss niedriger um	Fr.	13 560 840.55

Die *Rechnung der Vermögensveränderungen* ergibt:

Ertrag	Fr.	50 615 143.18
Aufwand	»	48 925 357.94
Überschuss des Ertrages	Fr.	1 689 785.24
Im Vergleich zum Voranschlag ist der Ertragsüberschuss geringer um	Fr.	12 354 266.76

Zusammenfassung:

Überschuss des Ertrages	Fr.	1 689 785.24
Überschuss der Ausgaben	»	479 973.45
Reinertrag der Gesamtrechnung 1950	Fr.	1 209 811.79

Um diesen Betrag nimmt das reine Staatsvermögen zu.

Der Reinertrag ist um	Fr.	1 206 573.79

grösser als veranschlagt.

Es ist bemerkenswert, dass sämtliche Zahlenergebnisse der Rechnung wesentlich höher sind, als sie das Budget vorsah.

	Voranschlag	Rechnung
Ausgaben	Fr. 222 356 826	Fr. 248 739 339.82
Einnahmen	» 208 316 012	» 248 259 366.37
Aufwand	» 6 738 816	» 48 425 357.94
Ertrag	» 20 782 868	» 50 615 143.18

Diese grossen Abweichungen sind, wie schon hievor erwähnt, zu einem guten Teil auf die bei der ersten Budgetierung nach neuem System entstandenen Schwierigkeiten in der Umstellung zurückzuführen. Viele Dienststellen haben einzelne Positionen weiterhin netto (Ausgaben — Einnahmen oder umgekehrt) veranschlagt. Die Bundesbeiträge für fremde Rechnung, die einen Betrag von über 16 Millionen erreichen, wurden nicht budgetiert, dann aber beidseitig in der Rechnung erfasst. Eine grosse Zahl von Verhandlungen ab und auf Fonds des zweckgebundenen Staatsvermögens und ab Rückstellungen waren nicht vorauszusehen. Die Sonderkredite I und II der Rechnung 1949 figurieren mit nicht voraussehbaren Posten von 8 Millionen im Ertrag und mit 5,6 Millionen im Aufwand etc.

Das buchmässig ausgewiesene *Reinvermögen des Staates* betrug am 1. Januar 1950	Fr.	51 313 027.47
es beträgt am 31. Dezember 1950	»	52 522 839.26
Zunahme wie hievor	Fr.	1 209 811.79

Die *Sonderkonten* sind in die Staatsrechnung eingebaut worden. Der Schuldenüberschuss dieser Spezialkredite geht zu Lasten der Zuschlagsteuer und vermindert das reine Staatsvermögen nicht (wie 1949 dargestellt). Im obenstehenden Betrag des Staatsvermögens ist der Bestand des zweckgebundenen Staatsvermögens per Ende 1948 mit Fr. 55 427 156.09 inbegriffen. Der Zuwachs des zweckgebundenen Staatsvermögens von Fr. 4 521 163.16 für das Jahr 1949 und von Franken 1 837 556.05 für das Jahr 1950 = total Franken 6 358 719.21 ist auf einem besonderen Kapitalkonto verbucht.

Das gesamte zweckgebundene Staatsvermögen beträgt Fr. 61 785 875.30.

Die Konten der *Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot* weisen neben Fr. 23 041.45 Mehrausgaben noch Belastungen für Rückstellungen und Berichtigungen auf von Fr. 8 142 614.20 oder eine Totalbelastung für das Jahr 1950 von Fr. 8 165 655.65

Per Ende 1949 betrug die Schuld dieser Konten	»	8 812 383.15
Total per 31. Dezember 1950	Fr.	16 978 038.80

Dieser Betrag stellt die Forderung des Staates an noch zu erhebende Zuschlagsteuern dar.

Steuerausstände. Die Ausstände an direkten Steuern betragen auf Jahresende Fr. 28 819 595.03. Davon entfallen auf die Gemeinde Bern Fr. 11 880 055.91. An eidgenössischen Steuern waren ausstehend Franken 4 756 775.23. Es ist zu beachten, dass die eidgenössische Wehrsteuer pro 1950 erst im Jahr 1951 eröffnet und bezogen wird.

Bilanz des Staatsvermögens

Aktiven

1. *Verfügbare Mittel*			Fr.	3 148 340.54
Kassen	Fr.	1 016 975.23		
Postcheck	»	878 064.24		
Banken	»	1 253 301.07		
2. *Debitoren*			»	89 382 129.22
Kontokorrente	»	84 906 864.36		
Darlehen und Vorschüsse	»	4 475 264.86		
3. *Anlagen und Investitionen*			»	344 887 310.52
Wertschriften: Aktien	»	87 023 633.—		
» Obligationen	»	42 381 891.60		
Hypotheken	»	1 801.—		
Dotationskapitalien	»	70 000 000.—		
Forsten	»	28 793 167.—		
Domänen	»	95 885 552.—		
Waren	»	8 387 108.07		
Mobiliar und Gerätschaften	»	12 414 157.85		
4. *Innenverkehr*			»	25 824 463.96
Verbindungskonten	»	824 463.96		
Ordnungskonten	»	25 000 000.—		
5. *Über die Verwaltungsrechnung abzutragende Konten*			»	1 943 663.28
Strassenbau	»	1 934 632.66		
Hochbau	»	9 030.62		
7. *Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot*	»	44 403 121.10	»	44 403 121.10
8. *Zweckgebundenes Staatsvermögen*			»	61 785 875.30
Anlagen des zweckgebundenen Staatsvermögens	»	61 785 875.30		
	Fr.	571 374 903.92	Fr.	571 374 903.92

Passiven

1. *Öffentliche Schulden*				
Schwebende Schulden			Fr.	39 456 787.76
Schatzanweisungen	Fr.	9 000 000.—		
Banken (inklusive Domänenkasse)	»	30 456 787.76		
Feste Schulden			»	311 285 408.40
Anleihen	»	274 079 000.—		
Banken (Schuldschein)	»	37 206 408.40		
2. *Kreditoren*			»	35 039 192.27
Verfallene Titel und Coupons	»	3 427 931.25		
Kontokorrente	»	28 363 797.82		
Barhinterlagen	»	2 265 143.20		
Hypotheken (Domänenkasse)	»	982 320.—		
4. *Innenverkehr*			»	32 665 566.51
Verbindungskonten	»	144 569.20		
Transitorische Konten	»	7 520 997.31		
Ordnungskonten	»	25 000 000.—		
6. *Rückstellungen*	»	21 526 027.27	»	21 526 027.27
7. *Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen, Milderung der Wohnungsnot*	»	27 425 082.30	»	27 425 082.30
8. *Zweckgebundenes Staatsvermögen*			»	13 124 543.21
Kapitalkonto des zweckgebundenen Staatsvermögens	»	6 358 719.21		
Rückstellung für die Ablösung des zweckgebundenen Staatsvermögens	»	6 765 824.—		
9. *Vermögenskonten*			»	90 852 296.20
Reserven, zweckbestimmte	»	31 714 390.74		
Reserven, freie	»	6 615 066.20		
Reinvermögen	»	52 522 839.26		
	Fr.	571 374 903.92	Fr.	571 374 903.92

Die Konten der Amtsschaffnereien und der Staatsanstalten (mit Ausnahme der Waldau) sowie alle Kassavorschusskonten sind aus den Reihen der Verbindungskonten ausgeschieden und die jeweiligen einzelnen Bilanzelemente auf die entsprechenden Aktiv- oder Passivpositionen der Staatsrechnung übertragen worden. So figurieren z. B. alle Kassabestände unter Kassen, die Steuerguthaben (Aktivausstände) unter Debitoren, die Schulden (Passivausstände) unter Kreditoren etc.

Infolge der wesentlich detaillierteren Darstellung ist der Vergleich mit den einzelnen Bilanzposten früherer Vermögensaufstellungen nicht leicht.

Die Aktiven haben gegenüber der Bilanzsumme vom Vorjahr um Fr. 63 380 950.09 und die Passiven um Fr. 61 171 138.30 zugenommen. An diesen Vermehrungen sind zur Hauptsache beteiligt:

Bei den Aktiven. Die Aufnahme der Arbeitsbeschaffungskonten von 44,403 Millionen Franken, der Kreditmobilisierungs-Reskriptionen der Kantonalbank von 25 Millionen Franken, die Zunahme der Domänen von 1,602 Millionen Franken, der Mobilien und Waren von 4,423 Millionen Franken, der Anlagen des zweckgebundenen Staatsvermögens von 1,837 Millionen Franken.

Die Aktiven haben abgenommen: bei den Forsten um 0,396 Million Franken, den Wertschriften um 1,276 Millionen Franken und bei den Kontokorrenten um 12,3 Millionen Franken, im wesentlichen bedingt durch das Wegfallen der Aktivsaldi Kantonalbank und Eidgenössisches Kassen- und Rechnungswesen.

Bei den Passiven. Die Aufnahme der Arbeitsbeschaffungskonten von 27,425 Millionen Franken, der für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung ausgestellten Schatzanweisungen von 9 Millionen Franken, der Kreditmobilisierungs-Reskriptionen der Kantonalbank von 25 Millionen Franken (wie unter Aktiven), die Zunahmen des zweckgebundenen Staatsvermögens von 1,837 Millionen Franken, die Mehreinlagen in Reserven von 3,648 Millionen Franken und in Rückstellungen von 7,9 Millionen Franken.

Die Passiven haben abgenommen: bei den Anleihen um 7,279 Millionen Franken (ordentliche Tilgungen Fr. 4 457 500, Rückzahlung Anleihen 1906 3½ % = Fr. 3 822 000, Mehraufnahme Anleihen 1942–1950 Franken 1 000 000), beim Schuldschein Kantonalbank um 2,217 Millionen Franken und bei den Kontokorrenten, im wesentlichen verkörpert durch den Rückgang des Saldos der Hypothekarkasse, um rund 5,5 Millionen Franken.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzverwaltungsgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. **Hypothekarkasse,** § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. **Kantonalbank,** Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.
3. **Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung.** Dekret vom 9. November 1920.
   a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
   b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4 % des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.
4. **Bernische Kreditkasse.** Gesetz vom 19. Oktober 1924, Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.
5. **Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.**
   a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.
   b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.

III. Finanzinspektorat

Auch im Verlaufe dieses Berichtsjahres sind die Inspektionen den Vorschriften entsprechend unangemeldet vorgenommen worden. Inspektionen fanden statt:

	Zahl der Kassen	Zahl der Inspektionen
Amtsschaffnereien	30	25
Staatsanstalten	35	30
Gerichtsverwaltung:		
Obergericht	1	—
Verwaltungsgericht	1	1
Übertrag	67	56
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	27
Gerichtsschreibereien und andere Kassen der Gerichtsverwaltung	37	35
Statthalterämter	30	24
Grundbuchämter	30	28
Andere Kassen und Direktionen	71	64
Total	268	236

Amtsschaffnereien

Die Inspektionen konnten überall unter normalen Umständen durchgeführt werden. Das ganze Jahr hindurch wurden wir durch die Anpassung der Amtsschaffnereibuchhaltungen an diejenige der Staatsverwaltung stark in Anspruch genommen. Auf Jahresende war die Umstellung der Buchhaltungen in 23 Amtsbezirken vollzogen. Wir hoffen, die Reorganisation in den restlichen 7 Amtsbezirken im Verlaufe des Jahres 1951 zu Ende zu führen.

Staatsanstalten

Die während den letzten Jahren bei den Anstaltsbuchhaltungen eingeführten Reformen ermöglichten es, die im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Staatsrechnung aufgetretenen Schwierigkeiten verhältnismässig gut zu überwinden. Das Personal der Staatsanstalten wird sich bestimmt rasch im neuen Kontenplan auskennen und mit den neuen Theorien vertraut machen, die sich notwendigerweise aus einer Reform von diesem Ausmasse ergeben müssen.

Über zwei Fragen, die schon seit einiger Zeit umstritten waren, sind im Berichtsjahr verbindliche Weisungen erlassen worden. Es betrifft dies: Die Warenverkäufe an das Personal der Staatsanstalten und die einheitliche Verrechnung der Selbstlieferungen in allen Staatsanstalten.

Die Kassarevisionen konnten im üblichen Turnus ausgeführt werden und geben zu keinen besonderen Feststellungen Anlass.

Kassastellen der Gerichtsverwaltung und andere Kassen der Direktionen

Bezüglich dieser Revisionsergebnisse können wir die gleichen Feststellungen machen, wie bei den Amtsschaffnereien und den Staatsanstalten.

Besondere Aufgaben

Wie bisher, ist unser Inspektorat auch in diesem Jahr den Direktionen für besondere Aufgaben und Erhebungen zur Verfügung gestanden.

Unregelmässigkeiten

Es ist ein einziger, nicht gravierender Fall zu verzeichnen.

Personal

a) Finanzinspektorat

Dem Angestellten R. Jardin ist ein unbezahlter Urlaub von einem Jahr, ab 31. August 1950, bewilligt worden. Die frei gewordene Stelle wurde nicht wieder besetzt.

b) Amtsschaffnereien

Die Herren Karl Willener, Thun, und Alfred Boller, Wimmis, sind auf 30. November beziehungsweise 31. Dezember 1950 in den Ruhestand getreten.

Wir möchten ihnen auch an dieser Stelle für die treu geleisteten Dienste unseren besten Dank aussprechen.

Als neuer Amtsschaffner von Thun wurde Walter Sommer gewählt, bisher 1. Angestellter der Amtsschaffnerei Thun.

IV. Hülfskasse

Im Berichtsjahre 1950 sind keine gesetzgeberischen Erlasse zu verzeichnen, welche den Geschäftsgang der Hülfskasse betreffen. Der Umstand, dass die aus der Revision der Besoldungsvorschriften für das Staatspersonal vom 26. November 1946 resultierenden Nachzahlungen Ende 1949 vollständig beglichen waren, liess die erwartete rückläufige Bewegung der Einnahmen in Erscheinung treten. Gleichzeitig verzeichnen die Ausgaben in ihrer Gesamtheit eine Zunahme, die auf die vermehrten Verpflichtungen für Versicherungsleistungen zurückzuführen ist. Am Ende des Berichtsjahres erreichte der Mitgliederbestand 4483 Versicherte. Gegenüber dem Vorjahre beträgt die Zunahme 71 Mitglieder. Der Bestand der Spareinleger dagegen hat um 10 Einleger abgenommen und weist 503 Sparversicherte auf. Der auf den Mitgliederbestand entfallende anrechenbare Jahresverdienst beziffert sich auf Fr. 33 648 267 und derjenige für die Spareinleger auf Fr. 2 739 719. Ersterer hat somit um rund 1 Million Franken zugenommen, während letzterer eine Verminderung um rund Fr. 87 000 verzeichnet. Der Bestand der Einleger der Sparkasse für das Aushilfspersonal weist 318 Einleger auf, gegenüber 303 Einlegern im Vorjahre. Die beitragspflichtige Lohnsumme beziffert sich auf Fr. 1 477 606. Die Zunahme gegenüber dem letztjährigen Stand beträgt rund Fr. 35 000. Der Nettozuwachs im Bestande der Rentenbezüger beziffert sich auf 37 Rentner, die zur Hauptsache auf die Alters- und Invalidenrentner entfallen. Am Ende des Berichtsjahres wies die Hülfskasse 1478 Rentenbezüger auf, deren jährliche Rentensumme sich auf Fr. 4 654 593 beziffert. Gegenüber der letztjährigen Zählung ergibt sich eine Zunahme der Verpflichtungen der Hülfskasse für Rentenzahlungen von Fr. 331 000 jährlich.

Der Zuwachs infolge Neueintritt betrug im Berichtsjahre 516 Personen, wovon 419 als Mitglieder und 97 als Spareinleger aufgenommen wurden. Aus dem Bestande der Spareinleger konnten nachträglich 39 Personen zu

den Mitgliedern übergeführt werden. Infolge Austritt aus dem Staatsdienst, Pensionierung und Tod sind im Berichtsjahre 348 Mitglieder und 107 Spareinleger aus der Hülfskasse ausgeschieden.

Der Totalbetrag der der Hülfskasse zu entrichtenden Einkaufssummen, herrührend von der Bewilligung von Gesuchen um den Einkauf von Zusatzjahren, beziffert sich auf Fr. 39 586.35, wovon auf die Versicherten Fr. 17 318.95 und auf den Staat Fr. 22 267.40 entfallen.

Bewegung im Bestand der Mitglieder und der Spareinleger:

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1949 . . .	4412
Zuwachs (Neueintritte, Übertritte von den Spareinlegern und aus andern Pensionskassen)	419
	4831
Abgang (Austritte, Pensionierungen, Todesfälle)	348
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1950	4483
Bestand der *Spareinleger* am 31. Dezember 1949	513
Zuwachs (Neueintritte)	97
	610
Abgang (Austritte, Übertritte zu den Mitgliedern, Verstorbene)	107
Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1950	503

Die Sparkasse für das Aushilfspersonal verzeichnet bei 101 Eintritten und 86 Austritten am 31. Dezember 1950 einen Bestand von 318 Einlegern, gegenüber 303 Einlegern im gleichen Zeitpunkte des Vorjahres.

Im Berichtsjahre sind im Bestande der Rentenbezüger folgende Änderungen eingetreten:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1949.	697	594	116	27
Zuwachs im Berichtsjahr.	79	32	5	—
	776	626	121	27
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	41	27	9	2
Bestand am 31. Dezember 1950	735	599	112	25
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	+ 38	+ 5	— 4	— 2

Jahresrechnung

Rentenfonds

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr einschliesslich Saldo aus der Vermehrung der ausstehenden Einkaufsgelder und aus der Verminderung der Deckungskapitalabzüge von Fr. 9316.—	Fr. 10 073 105.30
Die Ausgaben betrugen im Berichtsjahr.	» 4 648 123.05
Der Einnahmenüberschuss beträgt	Fr. 5 424 982.25

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse einschliesslich ausstehende Forderungen	Fr. 69 856 267.25
Es betrug am 31. Dezember 1949 .	» 64 431 285.—
Die *Kapitalvermehrung* pro 1950 beträgt somit	Fr. 5 424 982.25

Die Rechnung über die **Spareinlagen** gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen	Fr. 809 692.—
Ausgaben	» 508 615.65
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr. 301 076.35

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1950	Fr. 6 482 078.35
Er betrug am 31. Dezember 1949 .	» 6 181 002.—
Die *Kapitalvermehrung* pro 1950 beträgt somit	Fr. 301 076.35

Unterstützungsfonds

Einnahmen	Fr. 34 106.35
Ausgaben	» 11 438.70
Der Einnahmenüberschuss pro 1950 beträgt somit	Fr. 22 667.65

Die Kapitalrechnung des Unterstützungsfonds zeitigt folgendes Ergebnis:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1950	Fr. 257 208.35
Er betrug am 31. Dezember 1950	» 234 540.70
Die *Kapitalvermehrung* pro 1950 beträgt somit	Fr. 22 667.65

Sparkasse des Aushilfspersonals

Einnahmen	Fr. 266 539.90
Ausgaben	» 104 004.15
Der Einnahmenüberschuss pro 1950 beträgt somit	Fr. 162 535.75

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1950	Fr. 856 371.85
Er betrug am 31. Dezember 1949 .	» 693 836.10
Die *Kapitalvermehrung* pro 1950 beträgt somit	Fr. 162 535.75

Der *Unterstützungsfonds für das Aushilfspersonal* wurde zu Beginn des Berichtsjahres aufgehoben und der Saldo dem Unterstützungsfonds der Hülfskasse zugewiesen.

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hülfskasse verwiesen.

V. Personalamt

1. Allgemeines

Das Personalamt wird in zunehmendem Mass sowohl vom Personal wie von Aussenstehenden aufgesucht, um Auskunft über alle Gebiete der kantonalen Anstellungsverhältnisse zu erhalten. Zahlreiche Personen, darunter auch abgebautes Bundespersonal, erkundigten sich wegen Anstellungsmöglichkeiten in der Staatsverwaltung. Dabei fiel die relativ grosse Zahl von jungen Dr. jur. und Dr. rer. pol. auf, für die die kantonale Verwaltung nur eine beschränkte Verwendungsmöglichkeit hat.

Das Personalamt stellte sich anderseits in mehreren Fällen zur Verfügung, um an Personalversammlungen über grundsätzliche Fragen der Besoldungen und der Versicherungen zu orientieren.

Der Kontakt mit den Personalverbänden durch die Personalkommission erwies sich auch im abgelaufenen Jahr als wertvoll.

2. Besoldungsverhältnisse und Besoldungswesen

Die in den letzten Jahren ausgerichtete Teuerungszulage von grundsätzlich 32 % wurde auch 1950 unverändert beibehalten (Dekret vom 14. November 1949). Im Laufe des Jahres wurde dann geprüft, ob ein Teil der Teuerungszulagen in die Grundbesoldungen übergeführt werden soll. Der Grosse Rat stimmte im September einer Lösung zu (Dekret vom 13. September 1950 über die Neufestsetzung der Grundbesoldungen des Staatspersonals), durch die ab 1. Januar 1951 ca. $^2/_3$ der Teuerungszulage in die Grundbesoldung eingebaut werden. Der verbleibende Rest der Teuerungszulage wird als unversicherte Zulage von 10% ausgerichtet. Der vorgesehene Wegfall der Minimalgarantien bringt der Verwaltung eine bedeutende Vereinfachung. Da an der Höhe der versicherten Besoldung vorläufig nichts geändert wird, die Hülfskassenbeiträge jedoch von den neuen Grundbesoldungen berechnet werden sollen, können die Prozentsätze für die Hülfskassenbeiträge für das Personal von 7 % auf 6 % und für den Staat von 9 % auf 8 % reduziert werden. Gleichzeitig wird die Berechnung der Naturalienwerte vereinfacht (Regierungsratsbeschluss vom 10. Oktober 1950), indem künftig die effektiven Werte, d. h. inklusive Teuerungszulage, von den in üblicher Weise berechneten Besoldungen in Abzug gebracht werden.

Auf Anfang des Jahres wurde die Besoldungsauszahlung für weitere 480 Personen übernommen, so dass im Jahre 1950 vom Personalamt rund 3700 Personen direkt ausbezahlt wurden. Diese Massnahme in Verbindung mit andern Vereinfachungen gestattete die Einsparung von zwei Angestellten.

3. Krankenversicherung

Die Organisation der auf 1. Januar 1950 in Kraft getretenen obligatorischen Krankenversicherung hat sich bewährt. Sie konnte einfach gehalten werden und brachte keine Personalvermehrung. Der Verkehr mit den Vertragskassen wie mit den übrigen Krankenkassen war ein angenehmer. Auf Jahresende betrug die Zahl der der Kollektivversicherung der Krankenkasse für den Kanton Bern angehörenden Mitglieder 2336, diejenige der «La Jurassienne» 420. Die Kollektivversicherung der Krankenkasse für den Kanton Bern wurde in ca. 1200 Krankheitsfällen beansprucht, diejenige der «La Jurassienne» in ca. 160 Fällen. 2207 Personen, denen es freigestellt war, in ihrer bisherigen Kasse zu bleiben (beteiligt waren 56 verschiedene Krankenversicherungen), wiesen sich über eine genügende Versicherung aus und erhielten den Staatsbeitrag an die Prämie entweder direkt oder durch Vermittlung ihrer Krankenkasse. Auf Jahresende wurde dem Personal eine kleine Broschüre abgegeben, die über alles Wissenswerte der Krankenversicherung orientiert. Die Druckkosten werden in entgegenkommender Weise von den Vertragskassen übernommen.

4. Unfallversicherung

Auch die Organisation der Unfallversicherung für das nicht bereits obligatorisch versicherte Staatspersonal hat sich nach den bisherigen Erfahrungen als zweckmässig erwiesen. Da die Hülfskasse u. a. ebenfalls die Aufgabe hat, ihre Mitglieder gegen die wirtschaftlichen Folgen von Invalidität und Tod zu versichern, erwies es sich als notwendig, das Zusammenspiel von Hülfskasse und Unfallversicherung zu regeln. Durch Regierungsratsbeschluss vom 10. Oktober 1950 wurde diese Frage provisorisch dahingehend entschieden, dass die Hälfte der von der Unfallversicherung erbrachten Leistung bar ausbezahlt wird. Die andere Hälfte geht an die Hülfskasse, die damit ihre Rentenleistungen an den betreffenden Verunfallten oder seine Hinterbliebenen aufbessert. Auch über die Unfallversicherung wurde dem Staatspersonal auf Jahresende eine ausführliche gedruckte Orientierung abgegeben, deren Kosten in verdankenswerter Weise von den Versicherungsgesellschaften übernommen wurden.

Für die Insassen der Strafanstalten standen bisher mit Ausnahme der Anstalten in Witzwil bei Unfällen keine besondern Geldmittel zur Verfügung. Die durch Grossratsbeschluss vom 14. November 1949 angeordnete Zusammenlegung sämtlicher Unfallfonds gestattete es nunmehr, für die Insassen aller Strafanstalten und der Erziehungsanstalten Tessenberg und Loryheim eine Unfallversicherung abzuschliessen. Sie wurde ergänzt durch eine Haftpflichtversicherung.

5. Personalkommission

Die Personalkommission hielt sieben Sitzungen ab. Die häufigsten Traktanden betrafen die Kranken- und Unfallversicherung, die Vorbereitung eines neuen Per-

sonalstatuts sowie die Beförderungen und Beförderungsrichtlinien.

6. Personalbestand der Staatsverwaltung

Die Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Beschäftigte inklusive Aushilfen			In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Männer	Frauen	Zusammen		
Staatskanzlei. .	31	5	36	35	+ 1
Volkswirtschaft.	194	75	269	250	— 12
Justiz.	535	88	623	619	+ 20
Polizei.	696	85	781	778	— 10
Finanz	415	78	493	484	+ 24
Erziehung . . .	491	169	660	542	+ 11
Kirchen	412	1	413	409	+ 4
Bau-u. Eisenbahn	592	15	607	588	— 3
Forst	282	11	293	122	— 3
Landwirtschaft.	155	89	244	244	+ 5
Militär.	196	26	222	222	—
Fürsorge. . . .	114	85	199	198	+ 9
Gemeinde . . .	8	3	11	11	—
Sanität	554	574	1128	1122	+ 29
Total	4675	1304	5979	5624	+ 75

Die Personalverminderungen einzelner Direktionen rühren hauptsächlich vom Abbau von Aushilfen und von Vakanzen her. Die Personalverminderung der Polizeidirektion ist einzig darauf zurückzuführen, dass die Nachrekrutierung des Polizeikorps hinausgeschoben wurde.

Die grössten Personalvermehrungen ergaben sich:
bei der Justizdirektion: aus dem allgemeinen Ausbau; die Bestrebungen der Justizreform dürften den Personalbestand noch weiter ansteigen lassen;
bei der Finanzdirektion: aus der Auswertung der Volkszählung durch 33 vorübergehend beschäftigte Aushilfen;
bei der Erziehungsdirektion: namentlich aus dem Ausbau der Hochschule;
bei der Sanitätsdirektion: die Mehrzahl der Stellenvermehrungen rührt davon her, dass erstmals auch die ständig beschäftigten Taglöhnerinnen im Personalbestand berücksichtigt wurden.

7. Verschiedenes

Der Regierungsrat stimmte einem *Personalaustausch* zwischen der bernischen und waadtländischen Staatsverwaltung zu (Regierungsratsbeschluss vom 7. März 1950). Leider waren nur sehr wenige waadtländische Angestellte an diesem Austausch interessiert, so dass im Jahr 1950 ein Austausch nur in einem einzigen Fall zustande kam.

Die Frage des *Rücktrittsalters* wurde in der Weise neu geordnet, dass die vom Regierungsrat gewählten Beamten und Angestellten grundsätzlich nach Vollendung des 65. Altersjahres zurücktreten. Der Regierungsrat kann jedoch solche Beamte und Angestellte jeweils für ein weiteres Jahr, jedoch höchstens bis zur Vollendung des 70. Altersjahres, wiederwählen (Verordnung vom 20. September 1935 betreffend die Vereinfachung der Staatsverwaltung, Abänderung vom 28. April 1950).

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte.* Von den bei der *Hauptrevision* insgesamt eingegangenen 3588 Rekursen (2,4 % aller Bewertungen) wurden im Berichtsjahr die restlichen 943 im Auftrage der kantonalen Rekurskommission überprüft und mit Antrag an sie weitergeleitet. Die Rekurskommission hat 1537 Rekurse entschieden und auf Jahresende nur noch einen Ausstand von 53 Rekursen. Beim Verwaltungsgericht wurden 14 Beschwerden eingereicht, wovon 9 entschieden sind. Die grosse Aufgabe der Hauptrevision kann damit als abgeschlossen angesehen werden. Im Laufe des Jahres 1951 wird ein umfassender Bericht über die Durchführung und die Ergebnisse der Hauptrevision erscheinen. Über die Kosten der Hauptrevision wurde mit 451 Gemeinden abgerechnet. Trotz mehrmaliger Aufforderung haben die restlichen Gemeinden ihre Abrechnung noch nicht eingereicht.

Berichtigungen sind im Jahre 1950 insgesamt 8167 vorgenommen worden. Rekurse wurden 107 eingereicht und die Steuerverwaltung hat in einem Fall Staatsrekurs erhoben. An die Rekurskommission wurden 84 Rekurse eingereicht, von denen auf Jahresende bereits 79 entschieden waren.

2. *Die Abteilung für Steuererlassgesuche* hatte auf Ende 1949 noch 822 hängige Gesuche. Neu eingegangen sind im Berichtsjahr 14 488 (9716), und zwar 3458 (2287) für die Wehrsteuer und das Wehropfer und 11 030 (7429) für die Staatssteuern, wovon 4518 (3552) den Kreis Bern-Stadt und 6512 (3877) den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 15 310 (14 513) Gesuchen konnten 14 057 erledigt werden; hängig blieben 1253 Fälle. — Für die Steuerjahre 1946 bis 1950 wurde ein Gesamtbetrag von Fr. 464 734.57 (434 645) erlassen. Ausser den Erlassgesuchen wurden noch gegen 500 Stundungs- und Rückerstattungsgesuche behandelt.

3. *Meldungen für die AHV und die Krankenkassen.* Für die Veranlagungsperiode 1949/50 sind von 111 Ausgleichskassen 73 421 (80 267) Meldeformulare über das Einkommen selbständig Erwerbender und nicht er-

werbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen. Davon wurden 72 022 erledigt. Ferner mussten 1467 Vernehmlassungen an Kassen oder Gerichte behandelt werden. Für die AHV-Meldungen erhält der Kanton eine Entschädigung von Fr. 125 608 (Fr. 139 218). — An Erhebungsformularen für die Krankenkassen mussten 11 467 (13 131) ausgefüllt werden.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Um einmal zuverlässig festzustellen, wieviel Selbstschatzungen der Steuerpflichtigen unverändert angenommen werden können und wieviel von den Veranlagungsbehörden korrigiert werden müssen, haben wir im Kreis Mittelland ungefähr zwei Drittel der Taxationen (Einkommen und Vermögen) nachprüfen lassen. Es ergab sich, dass von 32 383 Veranlagungen 18 314 (56,6 %) unverändert angenommen und 14 069 (43,4 %) korrigiert wurden. Von den abgeänderten wurden 11 916 erhöht, 2153 zugunsten der Pflichtigen herabgesetzt. Das immer wieder verbreitete Märchen: Die Veranlagungsbehörden schraubten ja doch jede Selbstdeklaration hinauf, wird durch diese Zahlen einwandfrei widerlegt; mehr als die Hälfte wird unverändert angenommen und von den veränderten ist beim Einkommen jede 8., beim Vermögen sogar jede 4. Veränderung eine Herabsetzung. Bei den Herabsetzungen handelt es sich meistens um Rechnungsfehler, vergessene Sozialabzüge, unrichtige amtliche Werte und Irrtümer in den Wertschriftenverzeichnissen.

Für den *Steuerertrag* 1950 bildete die Veranlagung 1949 die Grundlage; sie verändert sich nur durch Zuzug, Wegzug, Revisionen, Einsprachen, Rekurse und Beschwerden, Eliminationen und den Steuererlass. Gegenüber der Rechnung 1949 ist im Einkommen ein Rückgang von 2,4 Millionen Franken zu verzeichnen, während der Ertrag der Vermögensteuer ungefähr gleichgeblieben ist. Der Voranschlag wurde um 2,8 Millionen Franken überschritten.

	Rechnung 1949	Budget 1950	Rechnung 1950	+ oder — gegenüber Rechnung 1949	+ oder — gegenüber Budget 1950
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	75 530 201.—	71 700 000.—	73 114 973.—	— 2 415 228.—	+ 1 414 973.—
Vermögen	12 050 154.—	10 700 000.—	12 126 690.—	+ 76 536.—	+ 1 426 690.—
Total	87 580 355.—	82 400 000.—	85 241 663.—	— 2 338 692.—	+ 2 841 663.—

Wenn man zu dieser Hauptsteuer der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzurechnet (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer sowie Nach- und Strafsteuern), so ergibt sich für 1950 eine *gesamte Brutto-Steuereinnahme* von Fr. 110 564 236. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehreinnahme von Fr. 5 146 236, gegenüber der Rechnung 1949 aber eine Mindereinnahme von Fr. 2 034 950.

Die Kosten für *Verwaltung, Veranlagung und Bezug* belaufen sich für 1950 auf Fr. 6 479 488 und bleiben mit Fr. 401 331 unter dem Voranschlag. An Bezugsprovisionen wurden an die Gemeinden Fr. 3 044 323 ausbezahlt gegenüber Fr. 2 532 914 im Vorjahr. Die Abschreibungen auf den direkten Steuern von Fr. 3 047 343 sind um Fr. 2 235 592 kleiner als im Vorjahr.

C. Steuern der juristischen Personen

Im Jahre 1950 wurden 690 (649) Neugründungen behandelt; liquidiert haben 307 (284) juristische Personen und fusioniert 2 (3).

1. Erwerbsgesellschaften, Selbsthilfegenossenschaften und Genossenschaften

Gewinn- und Ertragsteuer (Reinertrag)	Fr.	15 768 842.—
Kapital- und Vermögensteuer (Reinertrag)	»	4 411 169.—
Zusammen	Fr.	20 180 011.—
Übertrag: Zusammen	Fr.	20 180 011.—
Voranschlag	»	18 450 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	1 730 011.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	66 457.—

2. Holdinggesellschaften

Holdingsteuer (Reinertrag)	Fr.	19 903.—
Voranschlag	»	18 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	1 903.—
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	»	508.—

3. Übrige juristische Personen

Einkommensteuer (Reinertrag) .	Fr.	850 746.—
Vermögensteuer (Reinertrag) . .	»	661 682.—
Zusammen	Fr.	1 512 428.—
Voranschlag	»	1 600 000.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	87 572.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	5 619.—

Der Minderertrag der übrigen juristischen Personen rührt zur Hauptsache von der Neuregelung in bezug auf die Mitgliederbeiträge her.

Die Abteilung für juristische Personen hat für sich und für andere Abteilungen 1283 (1045) Bücheruntersuchungen vorgenommen und 54 (97) Erlassgesuche behandelt. Für die Steuerverwaltung und zahlreiche Abteilungen anderer Direktionen wurden am Adressograph 261 875 Adressen gedruckt.

D. Vermögensgewinnsteuer

Der *Reinertrag* der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 2 612 137 (inklusive eine transitorische Rechnung von Fr. 99 614), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 412 137 und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 71 509 ausmacht.

Die Zahl der Veranlagungen ist mit 4183 gegenüber dem Vorjahr (3905) wieder etwas gestiegen. Einsprachen waren 565 (480) zu erledigen; 42 wurden an die Rekurskommission weitergezogen und davon 17 als Beschwerden an das Verwaltungsgericht. An Erlassgesuchen waren 212 (258) zu behandeln.

E. Nach- und Strafsteuern

Der *Reinertrag* beziffert sich auf Fr. 998 092.39. In diesem Betrag ist aber erstmals ein transitorischer Posten von Fr. 221 945 eingeschlossen, so dass ein Vergleich mit Vorjahr und Voranschlag ein falsches Bild ergäbe.

Behandelt wurden 3939 (3548) Fälle in bezug auf die kantonalen Steuern, die Wehropfer I und II sowie die kantonalen und eidgenössischen Wehrsteuern der Perioden I–V. Nach- und Strafsteuern mussten festgesetzt werden: Für die Staatssteuern in 676 (762) Fällen, Wehropfer 264 (397), kantonale und eidgenössische Wehrsteuer 444 (913), total 1384 Fällen; die übrigen konnten als richtig versteuert abgeschrieben werden.

Für die kantonalen Nach- und Strafsteuern wurden 78 (97) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde in 51 (63) Fällen, während 27 (34) abgewiesen wurden. An die Rekurskommission wurden 13 kantonale und 13 eidgenössische Fälle weitergezogen.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der *Reinertrag* beläuft sich auf Fr. 4 037 927.45, was gegenüber dem Voranschlag einen Mehrbetrag von Fr. 37 927.45 ausmacht. Da die Rückerstattungen von Fr. 85 930.80 in der Staatsrechnung erstmals anders verbucht wurden, ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht möglich.

An *Gemeindeanteilen* wurden Fr. 993 329.25 (Franken 1 011 835.50) ausgerichtet. Die Verrechnung mit den Handänderungsabgaben machte für 767 (889) Fälle Fr. 310 008.40 (Fr. 312 786.75) aus.

Behandelt wurden 8859 (8953) Fälle. Von den abgabepflichtigen Fällen von total 2724 (2856) ergaben 49 (42) Fälle eine Steuer im Einzelfall von mehr als Fr. 15 000.

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht sind in 18 (19) Fällen geführt worden. — *Gesuchsanträge* wurden 211 (201) gestellt und *Bussen* mussten in 9 (19) Fällen ausgesprochen werden.

G. Kantonale Wehrsteuer

I. Periode (1942): Total Eingang bis 31. Dez. 1950 Fr. 7 078 628.90. Eingang im Jahr 1950 Fr. 11 154.—; Ausstand auf Ende 1950 Fr. 2 431.56.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1950 Fr. 20 665 449.68; Eingang im Jahre 1950 Fr. 45 079.30; Ausstand auf Ende 1950 Fr. 117 161.71.

H. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Wehrsteuer

I. Periode (1941/42): Total Eingang bis 31. Dezember 1950 Fr. 31 760 370.53; Anteil des Kantons (32,5%) Fr. 10 322 120.40; Eingang im Jahre 1950 Fr. 4 914.55; Ausstand auf Ende 1950 Fr. 42 668.23.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1950 Fr. 51 189 079.79; Anteil des Kantons (30%) Fr. 15 356 723.96; Eingang im Jahre 1950 Franken 99 186.25; Ausstand auf Ende 1950 Fr. 183 380.92.

III. Periode (1945/46): Total Eingang bis 31. Dezember 1950 Fr. 51 746 259.47 (keine Vermögensteuer inbegriffen, weil Wehropfer erhoben). Anteil des Kantons (30%) Fr. 15 523 877.84; Eingang im Jahre 1950 Fr. 162 539.94; Ausstand auf Ende 1950 Fr. 288 610.33.

IV. Periode (1947/48): Total Eingang bis 31. Dezember 1950 Fr. 78 178 920.52. (Für das Jahr 1947 wurde keine Vermögensteuer erhoben, da noch die III. Rate des neuen Wehropfers zu entrichten war.) Anteil des Kantons (30%) Fr. 23 453 676.16; Eingang im Jahre 1950 Franken 949 941.99; Ausstand auf Ende 1950 Franken 1 174 703.41.

V. Periode (1949): Total Eingang im Jahre 1950 Fr. 48 335 514.05. Anteil des Kantons (30%) Franken 14 500 654.22; Ausstand auf Ende 1950 Franken 1 176 274.63. Die Steuer für das Jahr 1950 wurde den Pflichtigen Ende Januar 1951 eröffnet. Brutto Soll-Ertrag Fr. 43 687 733.15.

2. Sonderzuschlag zur Wehrsteuer 1949

Total Eingang im Jahre 1950 Fr. 14 771 893.37; Anteil des Kantons (10%) Fr. 1 477 189.34; Ausstand auf Ende 1950 Fr. 1 670 897.93.

3. Eidgenössisches Wehropfer

I. Wehropfer (1940—1942): Total Eingang bis 31. Dezember 1950 Fr. 93 099 562.04; Anteil des Kantons (10%) Fr. 9 309 956.10; Eingang im Jahre 1950 Fr. 20 453.80; Ausstand auf Ende 1950 Fr. 9314.89.

II. Wehropfer (1945—1947): Total Eingang bis 31. Dezember 1950 Fr. 119 531 707.53; Anteil des Kantons (10%) Fr. 11 953 170.78; Eingang im Jahre 1950 Fr. 167 738.90; Ausstand auf Ende 1950 Franken 213 083.14.

J. Eidg. Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Im Berichtsjahr wurde neuerdings das Verrechnungsverfahren «ohne Antrag» durchgeführt. Insgesamt sind 90 580 (124 900) Gutschriften mit einem totalen Verrechnungssteuerbetrag von Fr. 12 736 920.95 (Franken 21 266 483.60) erteilt worden, wovon Franken 12 635 447.40 (Fr. 20 972 951.30) durch die Gemeinden mit den Staats- und Gemeindesteuern verrechnet und Fr. 101 473.55 den Berechtigten direkt zurückerstattet wurden. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden 5579 (7509) ausgefertigt.

b) Vorzeitiges Verrechnungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rückerstattung der im Jahre 1950 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	644	Fr. 83 294.10
Lotteriegewinne . .	642	» 138 326.45
Härtefälle	8	» 395.45
Übrige.	40	» 10 542.80
Total	1 334 (987)	Fr. 232 558.80

c) Beschleunigtes Verrechnungsverfahren: Für in den Jahren 1944 bis 1949 abgezogene Verrechnungssteuerbeträge wurden insgesamt 1424 (1841) Rückerstattungsanträge beschleunigt behandelt, und zwar:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	862	Fr. 384 265.50
Lotteriegewinne . .	465	» 133 188.45
Härtefälle	17	» 7 244.70
Übrige.	80	» 221 503.90
Total	1424 (1841)	Fr. 746 202.55

2. Wertschriftenbewertung

Es sind insgesamt 545 (3055) Bewertungen von Aktien und Anteilen bernischer Aktiengesellschaften, G. m. b. H. und Genossenschaften vorgenommen worden. In 281 (43) Einsprachefällen mussten zu beanstandeten Bewertungen Vernehmlassungen ausgearbeitet werden.

K. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuerwesen hatte 4688 (4052) Pläne für natürliche und 377 (341) für juristische Personen zu erstellen. Einsprachen sind 44 (12) eingelangt, von denen 38 erledigt wurden; ein Entscheid wurde an das Verwaltungsgericht weitergezogen und dort abgewiesen.

Kantonaler Steuerausgleichsfonds: Um einen ordentlichen Beitrag bewarben sich 170 (170) Gemeinden; 100 (123) Gemeinden erhielten Zuschüsse im Totalbetrag von Fr. 684 975.90 (Fr. 534 777). Ausserordentliche Beiträge erhielten 17 (8) Gemeinden in der Höhe von Fr. 78 600 (Fr. 33 800). — Auf Jahresbeginn belief sich der Ausgleichsfonds auf Fr. 4 426 820.57; im Berichtsjahr gingen ein an Gemeindesteuern von Banken und Sparkassen Fr. 2 053 614.10 und als Zuschuss des Staates Fr. 500 000 sowie Fr. 132 804.53 als Zinsen. Der Stand des Hauptfonds beträgt auf Jahresende Fr. 6 204 787.05. Der Sonderfonds hatte auf Jahresende einen Bestand von Fr. 692 840.30 (Fr. 548 441.30).

L. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag pro 1950	Roherträgnisse pro 1950	Roherträgnisse pro 1949
Stempelpapier.	Fr. 130 000.—	Fr. 132 802.35	Fr. 145 884.20
Stempelmarken	» 1 450 000.—	» 1 413 456.20	» 1 464 412.45
Spielkartenstempel	» 40 000.—	» 69 976.—	» 67 834.—
Total Rohertrag	Fr. 1 620 000.—	Fr. 1 616 234.55	Fr. 1 678 130.65
Hievon gehen ab:			
Ausgaben für Papier und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 161 611.—	» 151 362.45	» 145 083.87
Reinertrag	Fr. 1 458 389.—	Fr. 1 464 872.10	Fr. 1 533 046.78

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 6 483.10
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 68 174.68

Der Rückgang hat seine Ursache namentlich darin, dass der Jahresabschluss früher als im Vorjahr erfolgte und dadurch weniger Einnahmeposten zur Verbuchung kamen.

2. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1950	Rechnung 1950	Rechnung 1949
Rohertrag	Fr. 600 000	Fr. 592 628.91	Fr. 735 555.26
Wovon abgehen:			
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft, inkl. Rückstellung für Erhaltung von Kunstaltertümern (s. Konto 2000 941 4 der Erziehungsdirektion)	» 434 000	» 499 383.35	» 410 368.50
Reinertrag	Fr. 166 000	Fr. 93 245.56	Fr. 325 186.76

Minderertrag gegenüber dem Voranschlag . . . . . Fr. 72 754.44

Minderertrag gegenüber dem Vorjahr . . . . . Fr. 231 941.20

Als hauptsächliche Gründe des Rückgangs gegenüber dem Jahr 1949 werden angeführt: 1. Wegfall der Billettsteuern der kantonalen Ausstellung KABA in Thun mit Fr. 116 822. 2. Erhöhte Ausgaben für Kunst und Wissenschaft im Betrag von Fr. 89 014.

VII. Statistisches Bureau

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich das Statistische Bureau u. a. mit folgenden Arbeiten befasst:

1. Volkszählung. Auf den 1. Dezember 1950 fand die ordentliche eidgenössische Volkszählung statt. Die provisorische Zahl ergab für den Kanton Bern eine Wohnbevölkerung von 798 264 Personen gegenüber 728 916 am 1. Dezember 1941. Die Zunahme der Bevölkerung konzentriert sich auf die Städte und die gewerbe- und industriereichen Gemeinden, vor allem auf die Vorortsgemeinden. Im Durchschnitt betrug die Zunahme 9,5 %. Unter den 493 Gemeinden des Kantons befinden sich 115 mit einer Bevölkerungsabnahme, was in erheblichem Masse einer Berufsumschichtung zuzuschreiben ist. Es kann heute, schon vor der Auszählung nach Erwerbszweigen, festgestellt werden, dass die landwirtschaftliche Bevölkerung im Kanton Bern, trotz Zunahme der Geburten, von 1941 bis 1950 um 15 000 bis 16 000 Personen abgenommen hat.

Innert dem Zählungsintervall vom 1. Dezember 1941 bis 1. Dezember 1950 ergab die natürliche Bevölkerungsbewegung (provisorisches Ergebnis):

Lebendgeborene	139 378
Sterbefälle	74 263
Geburtenüberschuss	65 115

In der gleichen Zeit resultiert aus den Wanderungen ein Gewinn von 4233 Personen. Der Kanton Bern, der in früheren Jahrzehnten einen Auswanderungskanton darstellte, ist in den letzten zwanzig Jahren zu einem Einwanderungsgebiet geworden.

Besonderes Interesse bietet die Umschichtung im Altersaufbau, heute vor allem die Verschiebung in den vorschulpflichtigen Jahrgängen und der Personen, die sich im «Rentneralter» befinden. Um die Bedürfnisse der Schulen in den kommenden Jahren leichter abzuschätzen, haben wir aus den provisorischen Ergebnissen vorgängig die vorschulpflichtigen Kinder ermittelt und diese Zahlen mit den gleichlautenden der Volkszählung vom 1. Dezember 1941 in Vergleich gestellt. Ebenso wurden die im «Rentneralter» stehenden Personen ausgeschieden. Die Ergebnisse sind folgende:

a) Vorschulpflichtige Kinder

Geburtsjahr	Zählung 1. Dezember 1941	Zählung 1. Dezember 1950
1935 bzw. 1944	10 620	14 595
1936 » 1945	10 580	15 291
1937 » 1946	10 232	15 562
1938 » 1947	10 372	15 422
1939 » 1948	10 680	15 332
1940 » 1949	10 719	14 608
1941 [1]) » 1950 [1])	11 157	13 644
Total	74 360	104 454

b) Personen im «Rentneralter»

Volkszählung vom	Geburtsjahr	absolut	in % der Gesamtbevölkerung
1. Dezember 1950	1884 und früher	67 513	8,46
1. Dezember 1941	1875 und früher	53 853	7,39
1. Dezember 1930	1864 und früher	40 893	5,94
1. Dezember 1920	1854 und früher	33 627	4,99

Die Zahl der vorschulpflichtigen Kinder ist um rund 40% grösser als im Jahr 1941. Daraus erwachsen in den nächsten Jahren vermehrte Aufgaben für Erzieher und Schule.

Andererseits zeigt sich eine starke Entwicklung in der Zahl der im «Rentneralter» stehenden Personen. Seit 1920 hat sich die Zahl dieser Personengruppe,

[1]) 11 Monate

absolut genommen, verdoppelt. Für die öffentliche Fürsorge ergeben sich daraus besondere Probleme.

2. Die Erhebung über den Beschäftigungsgrad ist weitergeführt worden. An der Berichterstattung im Baugewerbe wirken über 100, in der Industrie rund 380 Firmen mit, die gegen 50% des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen. Die Berichterstatter verteilen sich auf alle Zweige und Landesteile, so dass das Gesamtergebnis als repräsentativ angesprochen werden kann. Für die Berechnung eines Durchschnittes werden die Angaben nach der Bedeutung der einzelnen Zweige für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 = 100 gesetzt. Der Tagespresse wurden regelmässig die Quartalsergebnisse zur Veröffentlichung übergeben. Der Beschäftigungsstand je auf Ende des Quartals betrug:

Betriebszweige	Gewichtung	1950 Quartale I	II	III	IV	1951 I. Quartal
Textilindustrie	6	135	134	137	143	146
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	118	116	119	122	124
Nahrung, Genussmittel	12	104	102	113	117	106
Chemische Industrie	2	111	120	130	134	136
Papier, Leder, Kautschuk	3	115	116	115	119	118
Graphisches Gewerbe	5	136	138	135	136	136
Holzbearbeitung	9	114	124	122	122	121
Maschinen, Apparate, Metalle	21	131	131	135	138	142
Uhren, Bijouterie	15	102	101	104	109	113
Steine und Erden	3	92	96	98	100	100
Alle Industrien, gewogen	85	117,1	117,9	121,4	124,7	125,3
Baugewerbe	15	114	135	143	105	133
gewogener Gesamtindex	100	116,6	120,4	124,6	121,7	126,3
» » 1949	.	125,3	126,8	122,4	116,1	
» » 1948	.	133,6	138,3	137,6	127,7	
» » 1947	.	128,5	133,7	137,9	130,2	
» » 1946	.	115,6	121,9	127,9	128,0	
» » 1945	.	102,4	110,2	112,4	113,1	
» » 1944	.	101,2	100,2	94,2	104,4	

In den ersten beiden Quartalen lag die Beschäftigung in Industrie und Gewerbe, einschliesslich Baugewerbe, unter der Quote des Jahres 1949. Seither ist sie wieder gestiegen und hat den Beschäftigungsgrad des Vorjahres überschritten.

3. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlich-rechtlicher Unternehmungen wurde weitergeführt. Nachstehend lassen wir die Hauptergebnisse der Betriebe des bernischen Staates folgen:

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	davon Wald
1929/30 . .	19	2424	84
1931/35 . .	19	2472	88
1936/40 . .	19	2520	96
1941/45 . .	19	2577	134
1946 . . .	19	2610	157
1947 . . .	20	2661	148
1948 . . .	20	2659	148
1949 . . .	20	2661	147
1950 . . .	20	2724	147

Die Zahl der Betriebe ist gleich geblieben. Dagegen hat die Revision der amtlichen Bewertung eine Verschiebung in der Kulturfläche bewirkt. Extensive Kulturarten wie Magerweiden und Streueflächen sind mit einer Reduktior in unsere Kulturflächensumme einbezogen. Die bessere Kultivierung dieser Flächen hat dazu geführt, dass aus einem Teil der Magerweiden Fettweiden wurden und Streueflächen in normales Kulturland übergeführt worden sind, was bei der Aufnahme für die amtliche Bewertung sichtbar wurde.

b) Erträge, Aufwand und «Überschuss». Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	2 849 703	1 995 447	854 256
1931/35.	2 338 911	1 945 259	393 652
1936/40.	2 639 123	1 966 090	673 033
1941/45.	4 455 474	2 461 542	1 993 932
1946 . .	4 668 347	2 929 182	1 739 165
1947 . .	4 805 630	3 449 726	1 355 904
1948 . .	4 821 086	3 509 132	1 311 954
1949 . .	4 744 948	3 547 994	1 196 954
1950 . .	4 955 443	4 470 029	485 414

bb) je Hektar Kulturfläche:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
1929/30.	1176	823	353
1931/35.	946	787	159
1936/40.	1047	780	267
1941/45.	1729	955	774
1946 . .	1789	1122	666
1947 . .	1806	1297	509
1948 . .	1814	1320	494
1949 . .	1783	1333	450
1950 . .	1819	1641	178

Der Geldrohertrag ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 36 per Hektar gestiegen. Es ist damit ein Rohertrag erzielt worden, der nur durch die drei Jahre 1943, 1944 und 1945 übertroffen wurde. Dem Rohertrag steht jedoch ein stark erhöhter Aufwand gegenüber. Die Steigerung ist vor allem dem Umstand zuzuschreiben, dass nunmehr die Teuerungszulagen von den Betrieben selbst getragen werden müssen, während sie vordem gesamthaft mit den Teuerungszulagen des übrigen Staatspersonals in der Staatsrechnung ausgewiesen worden sind. Zum Teil aber ist die Steigerung der Ausgaben dem vermehrten Aufwand für Gebäudeunterhalt zuzuschreiben sowie insbesondere dem stark gestiegenen Aufwand für Schädlingsbekämpfungsmittel, welche der Kolonne «Verschiedene Ausgaben» zur Last geschrieben worden sind.

Nachdem nun die Teuerungszulagen von den Betrieben selbst zu tragen sind, kann aus den Zahlen des Jahres 1950 im Vergleich zu denjenigen vor 1940 die wirkliche Kostensteigerung herausgelesen werden. Der Aufwand hat sich gegenüber der Zeit 1936–1940 mehr als verdoppelt, während der Ertrag des Jahres 1950 nur rund 75 % über dem Hektarertrag der Periode 1936–1940 steht. Es zeichnet sich also in der Entwicklung der Erträge und des Aufwandes ein recht ungünstiger Verlauf ab. Der «Überschuss», das heisst das Betreffnis, das dem Staat als Zins für das Betriebskapital und die unbezahlte Arbeitskraft anfällt, ist, absolut genommen, rund 1½ Millionen Franken kleiner als in der Periode 1941–1945. Er ist, je Hektar gerechnet, noch halb so hoch wie 1929/30 und steht nur 11 % höher als in den Krisenjahren 1931–1935, was auf eine recht bedenkliche Entwicklung hinweist.

Unter den einzelnen Betriebszweigen zeigt die Rindviehhaltung, absolut genommen, nochmals leicht verbesserte *Endroherträge*. Daran ist sowohl der Zuwachs im Tierbestand wie auch die Vermehrung in der Milchproduktion beteiligt. Pro Hektar berechnet, blieben diese Erträge unverändert. Der Ertrag der Schweinehaltung sowie jener der Feldprodukte weist eine Rückentwicklung auf. Es zeichnet sich in der Ziffer der Feldprodukte, nachdem die Naturalienerträge des Erntejahres 1950 überdurchschnittlich waren, die Ungunst ihrer Verwertung ab. Die «verschiedenen Erträge» weisen eine starke Steigerung auf. Unter dieser Rubrik sind der Waldertrag verrechnet, ebenso Vergütungen von der Hagelversicherung. Letzterer Betrag hat im Jahr 1950 eine merkbare Summe ergeben.

Die einzelnen Betriebszweige lieferten folgende Endroherträge:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere Fr.	Rindviehhaltung Milch Fr.	Schweinehaltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirtschaftliche Produkte Fr.	Verschiedenes Fr.
			aa) absolut:			
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941/45	514 628	683 250	474 529	192 303	2 539 399	51 365
1946	531 796	770 587	646 133	204 894	2 455 230	59 707
1947	628 726	814 843	694 898	206 061	2 403 728	57 374
1948	640 209	914 791	874 911	190 970	2 145 092	55 113
1949	648 889	934 242	777 904	156 423	2 182 164	51 690
1950	656 321	956 048	704 218	201 480	2 138 192	299 184
			bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941/45	200	265	184	75	985	20
1946	204	295	248	79	941	23
1947	236	306	261	78	903	22
1948	241	344	329	72	807	21
1949	242	351	292	59	820	19
1950	241	351	258	74	785	110

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge je Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäude-unterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futtermittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
aa) absolut:							
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365 403	243 390
1941/45	384 689	45 366	286 128	164 194	175 290	356 720	237 244
1946	370 351	99 634	359 011	203 028	286 273	425 634	257 039
1947	380 395	62 253	414 257	225 900	259 866	603 678	305 658
1948	392 885	54 578	408 193	255 946	167 010	544 801	285 774
1949	385 988	47 281	369 480	210 390	242 003	573 013	268 188
1950	375 565	170 242	330 568	213 392	214 879	600 227	618 397
bb) je Hektar Kulturfläche:							
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941/45	149	18	111	64	68	138	92
1946	142	38	138	78	110	163	98
1947	143	23	156	85	98	227	115
1948	148	20	154	96	63	205	108
1949	145	18	139	79	91	215	101
1950	138	62	121	78	79	221	227

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. Den besten Einblick in die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft bietet die Veränderung des volkswirtschaftlichen Einkommens (Netto-Rohertrag). Dieses ist der Betrag, der als Entgelt für die aufgewendete bezahlte und unbezahlte Arbeit, für das festgelegte eigene und fremde Kapital und für Steuerleistungen zur Verfügung steht. Das volkswirtschaftliche Einkommen ist auch jene Grösse, die nicht nur im Kanton Bern, sondern in verschiedenen andern Kantonen als Grundlage für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens herangezogen wird. Es ist am besten geeignet, Vergleiche zwischen den Ergebnissen der verschiedenen Anstalten zu ziehen, weil es den störenden Einfluss der verschiedenartigen Arbeitsverfassung der einzelnen Betriebe beseitigt.

Der Netto-Rohertrag ist auch jene Grösse, die am besten einen Vergleich mit den Ergebnissen der Rentabilitätserhebungen des schweizerischen Bauernsekretariates ermöglicht.

In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
aa) absolut:			
1929/30.	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35.	660 133	753 932	1 414 065
1936/40.	636 090	1 038 547	1 674 637
1941/45.	811 913	2 378 620	3 190 533
1946 . .	928 212	2 109 516	3 037 728
1947 . .	1 197 719	1 736 299	2 934 018
1948 . .	1 399 945	1 715 208	3 115 153
1949 . .	1 451 651	1 582 942	3 034 593
1950 . .	1 946 759	860 979	2 807 738
bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30.	255	499	754
1931/35.	267	305	572
1936/40.	252	412	664
1941/45.	315	922	1237
1946 . .	356	808	1164
1947 . .	450	652	1102
1948 . .	526	646	1172
1949 . .	545	595	1140
1950 . .	715	316	1031

Das volkswirtschaftliche Einkommen oder der Netto-Rohertrag hat gegenüber dem letzten Jahr eine weitere Senkung um Fr. 109 je Hektar erfahren. Er ist mit Fr. 1031 je Hektar nur noch um einen Drittel höher als in der Periode 1929/30, während der Index der Lebenshaltungskosten 40 % über dem Stande von 1929/30 steht. Im Jahr 1940 betrug das volkswirtschaftliche Einkommen Fr. 714 je Hektar. Der Stand vom Jahre 1950 macht mit Fr. 1031 je Hektar 144 % jener Ertragsstufe aus. Da der Index der Kosten der Lebenshaltung 1950 160 betrug, liegt ein Realverlust im volkswirtschaftlichen Einkommen der Landwirtschaftsbetriebe des Staates Bern von 10 % vor. Gruppiert nach der Art der Anstalten ergeben sich folgende Netto-Rohertragsziffern je Hektar Kulturfläche:

In den Gutsbetrieben	1945 Fr.	1948 Fr.	1949 Fr.	1950 Fr.
der landw. Schulen .	1246	1307	1151	1293
der Strafanstalten .	1320	1117	1072	915
der Heil- und Pflegeanstalten	1274	1293	1317	1297
der Erziehungsanstalten	1315	1087	1195	924
Durchschnitt sämtlicher Betriebe . .	1302	1172	1140	1031

Obwohl die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe					
	1945	1946	1947	1948	1949	1950
Bis 600	—	2	2	2	1	4
601— 900	6	6	4	6	5	3
901—1200	4	3	6	3	4	5
1201—1500	3	6	7	4	4	4
1501—1800	5	2	—	3	6	4
Über 1800	1	—	1	2	—	—
Total	19	19	20	20	20	20

Vom volkswirtschaftlichen Einkommen sind die Aufwendungen für Besoldungen und Arbeitslöhne gebunden. Der Restbetrag dient als Entgelt für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für die unbezahlte Arbeit. Er entspricht demjenigen Ertrag, den man in der Betriebsrechnung unter dem Begriff landwirtschaftliches Einkommen der Unternehmerfamilie bezeichnet. Dieser Betrag ist auf Fr. 316 per Hektar gesunken. Er steht nur noch um 3 % über dem Betreffnis der Krisenjahre 1931–1935. Da seither die Kaufkraft des Geldes stark gesunken ist, liegt real ein gewaltiger Verlust vor.

d) Veränderung der Inventarbestände. Das «Pächterkapital» in den 20 Staatsbetrieben weist am Ende des Rechnungsjahres gegenüber der Eingangsinventur eine Wertvermehrung von Fr. 148 815 auf.

4. Die Statistik der Steuern und der Steuerkraft der Gemeinden wurde weitergeführt. Die Ergebnisse über die Ermittlung der Steuerkraft und Steuerbelastung der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1948 wurden vervielfältigt und als Heft den Verwaltungsabteilungen abgegeben. Ferner wurde in Heftform eine Vervielfältigung über die beschlossenen Steueranlagen der bernischen Gemeinden pro 1950 den Gemeinden zur Verfügung gestellt.

5. Begutachtung für Beihilfeordnung und Rekursfälle der Beitragsleistung für die AHV. Die Arbeit erfolgt zuhanden der Ausgleichskasse des Kantons und betraf im Berichtsjahr 615 Mutationen und 1536 Beihilfegesuche von Gebirgsbauern. Ausserdem wurden eine grössere Zahl Herabsetzungsgesuche für Beitragsleistungen an die AHV begutachtet.

6. Viehzählung. Am 21. April 1950 wurde wiederum eine Viehzählung durchgeführt, und zwar im abgekürzten Verfahren, das die Bestände in unsern bisherigen 66 Repräsentativgemeinden erfasst. Die Ergebnisse dieser ausgewählten und im ganzen Kantonsgebiet zerstreuten Gemeinden ergaben eine genügend genaue Grundlage zur Beurteilung der eingetretenen Veränderungen im Tierbestand. Das seit 1929 in unserem Kanton bewährte Verfahren hat es auch diesmal ermöglicht, rascher und billiger zu den benötigten Übersichten zu gelangen.

7. Erhebung über die Wohnungsproduktion. Auf den gewohnten Stichtag vom 25. März wurde 1951 wiederum die Wohnungsproduktion erhoben und der Stand des Wohnungsmangels erfragt. Die Produktion betrug nach unsern bisherigen Feststellungen:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	Je auf Ende März in Bau befindliche Wohnungen	leerstehende Wohnungen Total	davon bereits vermietet
1945 . . .	2638	1310	326	105
1946 . . .	3344	.	.	.
1947 . . .	4042	3225	236	96
1948 . . .	4711	3546	275	123
1949 . . .	3792	2164	338	114
1950[1]) . .	4712	2943	554	207
Jan./März 1951[1]) . .	684	2981	1030	366

Die Produktion hat sich 1950 wieder auf die Höhe des Rekordjahres 1948 aufgeschwungen; vom Januar bis März 1951 wurden rund 700 Wohnungen erstellt und am Stichtag befanden sich gegen 3000 weitere Wohnungen im Bau. Es ist demnach auch für 1951 eine Gesamtproduktion von rund 4000 Logis zu erwarten.

Zur Beurteilung des Wohnungsmarktes ist neben der Grösse der Produktion auch die Entwicklung des Bedarfes zu berücksichtigen. Der Zuwachsbedarf an Wohnungen ist nach wie vor gross. Auf Grund früherer Prüfungen hat man auf 100 bestehende Ehen mit einem Bedarf von 125 Wohnungen zu rechnen.

Der Bestand an Ehen hat sich im Jahre 1950 um 2590 vermehrt. Dementsprechend ist in dieser Zeit mit einer Zunahme des Wohnungsbedarfes von 3240 Einheiten zu rechnen. Die Produktion betrug jedoch 4712 Einheiten, so dass eine Überdeckung des Zuwachsbedarfes von 1472 Einheiten neu in Erscheinung tritt.

Die Entwicklung der Vermehrung der Ehen, der Zunahme des Wohnungsbedarfes und der Zahlen der festgestellten Wohnungsproduktion nahmen seit 1945 folgenden Verlauf:

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Festgestellte Wohnungsproduktion	Überdeckung der Bedarfsvermehrung
1945 . . .	2 560	3 200	2 638	— 562
1946 . . .	3 040	3 800	3 344	— 456
1947 . . .	3 060	3 825	4 042	217
1948 . . .	2 860	3 575	4 711	1136
1949 . . .	2 550	3 190	3 792	602
1950 (prov.)	2 590	3 240	4 712	1472
	16 660	20 830	23 239	2409

[1]) Provisorisches Ergebnis.

Bei Abschluss des Berichtes fehlten noch die Rapporte von 3 Gemeinden. Für diese wurden die im Vorjahr (Ende März 1950) gemeldeten Zahlen eingerechnet, nämlich:

1949 erstellte Wohnungen	6
Januar bis März 1950 erstellte Wohnungen	—
Im März 1950 im Bau befindliche Wohnungen	3
Im März 1950 leer stehende Wohnungen .	—
Davon bereits vermietet	—

In den Jahren 1945/46 lag noch ein defizitäres Verhältnis vor. Seither hat die Wohnungsproduktion jedoch den Bedarfszuwachs überschritten und während der ganzen Periode 1945–1950 ergibt sich per Saldo eine Überdeckung des Bedarfszuwachses um 2262 Einheiten, welche für die Deckung des bereits Ende 1944 bestandenen Nachholbedarfes zur Verfügung stehen sowie als Ersatz für stillgelegte oder eingegangene Wohnungen dienen können. Offensichtlich ist eine erhebliche Lockerung eingetreten.

Das heutige Bauvolumen geht beträchtlich über den Zuwachsbedarf hinaus. Dementsprechend hat auch der Bestand an leeren Wohnungen zugenommen, und es ist bereits das erste Tausend überschritten worden. Die Berichterstatter meldeten im allgemeinen nur noch einen Mangel an Wohnungen mit bescheidenen Mietzinsen. Ein eigentlicher Mangel besteht nur noch lokal. Zwar melden noch eine grössere Zahl von Gemeinden einen Wohnungsmangel. Diese Meldungen drücken das subjektive Urteil der Berichterstatter aus. Ein grosser Teil versteht unter Wohnungsmangel nicht das Bestehen einer absoluten Fehlquote, sondern ist der Auffassung, dass ein Mangel bereits vorhanden ist, wenn dem Wohnungssuchenden keine grössere Auswahl zur Verfügung steht. Die Bewegung des Verhältnisses der Antworten lässt jedoch deutlich erkennen, dass auch nach den subjektiven Urteilen die Mangellage stark vermindert worden ist. Die Frage nach dem Bestehen eines Wohnungsmangels wurde beantwortet mit:

Erhebungsjahr	Ja	Nein
1947	318	175
1948	336	157
1949	312	181
1950	266	227
1951 (prov.)	221	272

Zum erstenmal seit Beginn der Umfrage überwiegen die Gemeinden, für die das Bestehen eines Mangels verneint wird.

Mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1950 war auch eine allgemeine Wohnungszählung verbunden, durch die die Leerwohnungen miterfasst worden sind. Die Ergebnisse dieser Zählung können zum Vergleich herangezogen werden. Es wurden gezählt:

	Besetzte Wohnungen	Leerwohnungen
a) mit Küche	215 435	2308
b) ohne Küche.	3 192	207
	218 627	2515

Demnach wäre von der Gesamtzahl der im Kanton Bern vorhandenen Wohnungen von 221 142 eine Quote von erheblich mehr als einem Prozent leerstehend, wobei zu beachten ist, dass der Anteil der Leerwohnungen bei den seit 1945 gebauten den Durchschnitt beträchtlich übersteigt.

8. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1945 Fr.	1948 Fr.	1949 (prov.) Fr.
Barleistungen . . .	8 221 821	19 642 052	21 453 211
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . . .	472 109	484 556	499 182
Total Bruttoaufwand	8 693 930	20 126 608	21 952 393

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1945 Fr.	1948 Fr.	1949 (prov.) Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	247 208	753 979	779 428
Beiträge von andern Gemeinden. . . .	25 208	53 772	54 859
Beiträge von Privaten	139 254	787 220	803 317
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen .	8 282 260	18 531 637	20 314 789
Total wie oben. . .	8 693 930	20 126 608	21 952 393

Der zu Lasten der Gemeinde fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut		Je Kopf der Wohnbevölkerung
1928—1932	Fr. 10 035 440	=	Fr. 14.51
1933—1937	» 8 293 673	=	» 11.48
1938—1942	» 6 649 219	=	» 9.11
1943	» 6 867 493	=	» 9.24
1944	» 7 144 775	=	» 9.53
1945	» 8 282 260	=	» 10.94
1946	» 13 745 158	=	» 18.05
1947	» 16 712 207	=	» 21.26
1948	» 18 531 637	=	» 23.36
1949 (prov.)	» 20 314 789	=	» 25.38

Seit 1945 ist der Aufwand der Gemeinden für den Strassen- und Brückenbau ausserordentlich stark gewachsen. Er erreichte im Jahre 1949 den 2½fachen Betrag des Jahres 1945 und war doppelt so gross als in der Periode 1928–1932.

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons zuzuzählen.

Nach Ämtern geordnet, betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1945, 1948 und 1949 (die Zahlen seit dem Jahre 1928 sind in den früheren Verwaltungsberichten veröffentlicht):

	1945 Fr.	1948 Fr.	1949 (prov.) Fr.
Aarberg	232 842	374 388	349 336
Aarwangen	326 325	799 543	734 925
Bern	2 783 571	6 424 681	7 585 419
Biel	667 895	1 787 545	1 849 084
Büren	63 251	444 710	638 700
Burgdorf	241 456	436 934	451 262
Courtelary	356 948	901 128	942 044
Delsberg	139 773	507 484	482 421
Erlach	52 516	85 979	131 273
Freibergen	38 084	133 918	197 542
Fraubrunnen	104 250	157 941	222 498
Frutigen	87 330	166 060	208 548
Interlaken	330 991	600 192	678 917
Konolfingen	202 299	306 012	437 164
Laufen	101 984	182 756	152 403
Laupen	112 836	145 830	223 298
Münster	402 076	1 066 949	1 141 412
Neuenstadt	70 102	185 166	143 306
Nidau	128 100	261 448	327 492
Oberhasli	84 891	112 525	143 057
Pruntrut	203 777	588 957	470 355
Saanen	17 453	98 685	69 352
Schwarzenburg	87 213	128 508	126 643
Seftigen	192 347	317 776	262 027
Signau	161 929	333 343	311 052
Nieder-Simmental	148 622	200 226	296 722
Ober-Simmental	70 057	47 166	58 721
Thun	511 592	979 705	1 008 571
Trachselwald	219 555	419 241	380 284
Wangen	142 195	336 841	290 961
Total	8 282 260	18 531 637	20 314 789

9. Weinernteerhebung. Diese jährlich durchgeführte Erhebung in den weinbauenden Gemeinden wurde wiederum vorgenommen und entsprechend den Vorschriften des Weinstatuts ausgestaltet. Die ermittelten Ergebnisse gaben wir an die Abteilung für Landwirtschaft im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement wie bisher weiter. Die Zahl der Rebenbesitzer im Kanton Bern beträgt 1413. Das Rebareal wird mit 284,60 ha und der Wert der Ernte 1950 mit Fr. 1 761 945 angegeben. Die Angaben wurden mit denjenigen der Anbaustatistik vom 21. Juni 1950 verglichen. Es wurden in 26 bernischen Gemeinden Rebberge festgestellt.

10. Publikationen. Die *Grossratswahlen* vom 7. Mai 1950 wurden auf Grund des von den Statthalterämtern einverlangten Urmaterials statistisch aufgearbeitet. Die Publikation der Ergebnisse erschien als Nr. 30 der «Mitteilungen» im üblichen Rahmen.

Auf Grund einer Anregung der Fürsorgedirektion unternahmen wir eine Bearbeitung der sämtlichen 1906 Kinderversorgungsfälle des Jahres 1949. Es galt, insbesondere den Ursachen nachzuforschen, die in drei Vierteln der Fälle in der Unfähigkeit der Eltern zu suchen waren. Die Ergebnisse wurden als Nr. 29 der «Mitteilungen» unter dem Titel «*Ursachen der Kinderversorgung*» publiziert.

Im Berichtsjahr fand nach zweijährigem Unterbruch wiederum eine *Anbauerhebung* statt. Es war dies die zehnte derartige Statistik seit dem ersten Kriegsjahr, und es bot daher besonderes Interesse, die Ergebnisse zusammenzustellen. Für das Kantonsgebiet muss immer wieder nach bestimmten Gesichtspunkten gegliedert werden, weshalb im allgemeinen die Bezirksergebnisse nicht genügen, sondern die Gemeindeergebnisse herangezogen werden müssen. Die Nr. 28 der «Mitteilungen des Statistischen Bureaus» enthält nun alle Gemeinderesultate der zehn Erhebungen von 1939 bis 1950 mit dem Nachweis der Flächen der wichtigsten Ackergewächse. Die Bezirksresultate wurden noch eingehender aufgegliedert. Der Schluss des Heftes enthält die Richtflächen für das offene Ackerland nach Massgabe des eidgenössischen Produktionskatasters in allen bernischen Gemeinden. Damit werden die in den zehn Anbauerhebungen festgestellten offenen Ackerflächen der einzelnen Gemeinden verglichen. Zehn Karten zeigen die Bewegungen des offenen Ackerlandes sowie den Anteil typischer Ackerkulturen in den verschiedenen Bezirken.

VIII. Salzhandlung

Umsatz pro 1950

1. Kochsalz

Kochsalz, unjodiertes, offen	2 216 650 kg
Kochsalz, jodiertes, offen	6 109 250 kg
Kochsalz, unjodiertes in Paketen	26 850 kg
Kochsalz, jodiertes, in Paketen	379 375 kg
Total	8 732 125 kg

Übertrag	8 732 125 kg
Im Vorjahr wurden abgegeben (gewöhnliches 2 124 600 kg, jodiertes offenes 6 211 150 kg, jodiertes in Paketen 230 675 kg)	8 566 425 kg
Im Berichtsjahr wurden mehr verkauft	165 700 kg

2. *Andere Salzarten*

	Umsatz 1949	Umsatz 1950	Mehr-Umsatz als 1949	Weniger-Umsatz als 1949
	kg	kg	kg	kg
Tafelsalz	244 875	236 405	—	8 470
Tafelsalz Grésil .	1 470	1 655	185	—
Meersalz	62 200	68 300	6 100	—
Gewerbesalz . .	1 970 141	1 995 950	25 809	—
Vergoldersalz . .	10 600	16 200	5 700	—
Salzlecksteine . .	300	225	—	75
Nitritpökelsalz . .	96 300	107 950	11 650	—
Übrige Spezialsalze	30 900	40 750	9 850	—

Den Rheinsalinen wurden für die sämtlichen Bezüge (Koch- und Spezialsalze) Fr. 1 204 212.15 bezahlt gegenüber Fr. 1 176 699.70 im Vorjahr.

Reinertrag

Dieser geht hervor aus dem Bruttoertrag von		Fr. 2 748 694.74
Übertrag		Fr. 2 748 694.74
abzüglich der Betriebskosten von	Fr. 1 650 712.92	
und der Verwaltungskosten von	» 41 471.44	
		» 1 692 184.36
verbleiben der Staatskasse als Reinertrag		Fr. 1 056 510.38
Im Voranschlag war ein Ertrag vorgesehen von		Fr. 944 940.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		Fr. 111 570.38
Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Reinertrag *vermehrt* um . .		Fr. 22 502.12

Dank günstigen Geschäftsabschlusses machten uns die Rheinsalinen auf unsern Bezügen offenen Kochsalzes im Jahr 1950 eine Rückvergütung von 50 Rp. pro 100 kg = Fr. 42 146.25. Diese Vergütung wird erst in der Rechnung der Salzhandlung des Jahres 1951 figurieren.

IX. Domänenverwaltung

Der Liegenschaftsverkehr bezog sich im Berichtsjahr zur Hauptsache auf Ankäufe, worunter zwei bedeutende im Amt Niedersimmental, wo für die neue Bergbauernschule in Hondrich ein grösseres Heimwesen und drei Landparzellen, und im Diemtigtal die Rotbadbesitzung erworben wurden. Mit dem letztern Ankauf wurden zwei Zwecke verfolgt. Einmal galt es für die Erziehungsheime eigene Sömmerungsgelegenheiten zu schaffen, was mit den zum Rotbad gehörenden ausgedehnten Weiden ermöglicht wurde. Im weitern konnte mit der Inbetriebnahme der Rotbadbesitzung als Ferienheim für die ca. 360 Zöglinge der sieben Erziehungsheime ein längst gehegter Wunsch erfüllt werden.

In Bellelay wurde einer von Pflegepersonal gegründeten Baugenossenschaft eine Landparzelle verkauft, auf der im Laufe des Berichtsjahres 7 Einfamilienhäuser erstellt wurden. Damit konnte der dringendste Wohnbedarf gedeckt werden.

In Oberhofen wurde ein Teil der im Jahr 1948 erworbenen Wichterheerbesitzung der Gemeinde Oberhofen auf Grund eines Dienstbarkeitsvertrages zur Anlage einer öffentlichen Strandpromenade zur Verfügung gestellt.

Neben den An- und Verkäufen ist eine Reihe von Landabtauschen zum Zwecke von Arrondierungen und Grenzbereinigungen getätigt worden, so in grösserem Ausmass in der Gemeinde Erlach.

Im Schloss Interlaken konnte durch einen Umbau eine weitere Wohnung gewonnen werden, die erlaubt, in unmittelbarer Nähe der Bezirksverwaltung wieder einen Polizeiposten unterzubringen. In das Berichtsjahr fällt auch die Wiederinbetriebnahme des umgebauten Schlosses Wimmis. Im Laufe des Sommers konnte das umgebaute Gebäude Rathausplatz 1 durch drei Verwaltungsabteilungen der Baudirektion bezogen werden.

In Fortführung der im Vorjahr begonnenen Aktion zur Anpassung der sehr unterschiedlichen Mietzinse für Personalwohnungen wurden in verschiedenen Staatsanstalten die notwendigen Korrekturen vorgenommen. Die Angleichung der Mietzinse für die Beamtenwohnungen in der Bezirksverwaltung ist im Gange.

Einen bedeutenden Wertzuwachs auf dem Liegenschaftskonto erbrachten die zahlreichen Neu- und Umbauten in Bern, Bellelay, Landorf, Oberbipp, St. Johannsen, Witzwil usw.

Über die im Berichtsjahr erfolgten Handänderungen geben die nachstehenden Übersichten im einzelnen Aufschluss.

A. Ankäufe

1. *Amt Bern.* Zum Zwecke der Sicherung von Umschwung für spätere Erweiterungsbauten für das Inselspital ist mit Grossratsbeschluss vom 13. September 1950 der Kaufvertrag mit Fritz Burkhard, Wirt in Bern, über die Liegenschaft «Restaurant zur Linde», Murtenstrasse 21 in Bern, deren amtlicher Wert Franken 156 400 und der Halt 13,07 a betragen, genehmigt worden. Der Kaufpreis betrug Fr. 240 000.

2. *Amt Burgdorf.* Für die stattgefundene Korrektion der Schlossgasse in Burgdorf, trat Frau E. Stierli dem Staat 1 m² Terrain gratis ab.

3. *Amt Erlach.* Zuhanden des Erziehungsheimes Erlach ist von Herm. Kirchhofer in Erlach eine Rebparzelle von 5,37 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 420 zum Preise von Fr. 1000 angekauft worden.

4. *Amt Interlaken.* Für die Arrondierung des Pfrundlandes in Habkern sind von der Erbschaft Zurbuchen 6,50 a Wiesland mit einem amtlichen Wert von Fr. 260 zu Fr. 1300 erworben worden.

5. *Amt Neuenstadt.* Für die beabsichtigte Erweiterung des Amthauses Neuenstadt ist von Paul Andrey, Unternehmer, die an das Amthaus angrenzende Liegenschaft Rue Beauregard 49 zum Preise von Fr. 29 300 erworben worden. Halt 1,10 a, amtliche Schatzung Franken 29 360.

6. *Amt Niedersimmental.* Für die Bergbauernschule in *Hondrich* wurden folgende Liegenschaften angekauft (GRB vom 16. November 1949):

			Schatzung Fr.	Kaufpreis Fr.
Von Herm. v. Känel, 6 Gebäude	807,45 a	Land	90 970	145 000.—
» H. Bischoff	258,08 a	»	11 870	29 375.50
» Alfr. Barben, 1 Gebäude	42,15 a	»	21 380	25 000.—
» Alb. Brechtbühl	40,09 a	»	1 600	6 000.—
» Gottfr. Althaus	73 m²	»	250	468.—
» Jak. Sieber	22 m²	»	70	132.—

In Diemtigen wurde von Jak. Stucki zum Zwecke der Errichtung eines Ferienheimes für die Zöglinge der staatlichen Erziehungsheime die sogenannte Rotbadbesitzung zum Preise von Fr. 265 000, inklusive Inventar käuflich erworben. Die Liegenschaft zählt 20 Gebäude, weist einen Halt von 13 ha, 94 a 17 m² auf, besitzt 44¼ Kuhrechte und hat einen amtlichen Wert von Fr. 162 130. Der Grosse Rat hat die Erwerbung am 3. April 1950 genehmigt.

B. Verkäufe

1. *Amt Bern.* Von seinem Land, welches der Staat beim Rosengarten in Bern besitzt, musste er für die Anlage einer Strasse 6,68 a an die AG. Bau Rosengarten gratis abtreten, wie dies im Kaufvertrag vom Jahr 1942 über dieses Terrain vorbehalten worden ist.

2. *Amt Büren.* Für eine Strassenkorrektion in Büren sind vom dortigen Pfrundgut 2 m² Terrain an die Gemeinde gratis abgetreten worden.

Der Gemeinde Oberwil sind ebenfalls für eine Strassenkorrektion 1,98 a Pfrundland zum Preise von Fr. 594 verkauft worden.

3. *Amt Interlaken.* In Interlaken benötigte die Gemeinde für die Korrektion der Schloßstrasse 55 m² Terrain vom staatlichen Schlossareal, die ihr gratis überlassen worden sind.

4. *Amt Konolfingen.* In Walkringen sind dem Ernst Riesen, Posthalter, zur Erstellung eines Postgebäudes 6,91 a, für das Pfrundgut wenig abträgliches Land, mit einem amtlichen Wert von Fr. 250 zum Preise von Fr. 3109.50 verkauft worden.

Der Einwohnergemeinde Münsingen wurden 2,63 a, zum Schlossgut gehörender unproduktiver Staudwald, gratis abgetreten.

5. *Amt Moutier.* Für die Erstellung von Angestellten-Wohnhäusern in Bellelay erwarb die dortige «Société de construction» von der Anstaltsdomäne 44,84 a Land in 7 Bauparzellen mit einer amtlichen Schatzung von Fr. 940 zum Preise von Fr. 4484.

6. *Amt Neuenstadt.* Für die Erstellung eines Strässchens sind der Gemeinde Nods von der Erziehungsanstalt Tessenberg 26 a hauptsächlich steinigen Waldbodens mit einer amtlichen Schatzung von Fr. 130 zum Preise von Fr. 130 veräussert worden.

7. *Amt Nidau.* Vom Schlossareal in Nidau wurden der Alpha AG. Nidau 2,3 a Terrain, welches diese für eine Betriebserweiterung benötigte, zum Preise von Fr. 3450 verkauft. Amtliche Schatzung Fr. 640.

8. *Amt Trachselwald.* Der Einwohnergemeinde Eriswil sind für die notwendig gewordene Friedhoferweiterung vom dortigen Pfrundgut 4,64 a Land mit einer amtlichen Schatzung von Fr. 140 zum Preise von Fr. 2552 abgetreten worden.

C. Abtausche

1. *Amt Aarwangen.* Zum Zwecke der Arrondierung des Landes des Erziehungsheimes Aarwangen tauschte letzteres an Frau Wwe. Lydia Thönen eine in der Gemeinde Schwarzhäusern gelegene Parzelle Land von 41,49 a Halt gegen eine solche in Aarwangen im Halte von 33,95 a ab. Für den Mehrhalt der ihr überlassenen Parzelle in Schwarzhäusern zahlte Frau Thönen Fr. 754.

2. *Amt Erlach.* Vom Land des Erziehungsheimes Brüttelen ist der dortigen Burgergemeinde ein Landabschnitt von 5,77 a gegen eine Parzelle von ebenfalls 5,77 a abgetauscht worden.

In Erlach fand mit der Einwohnergemeinde ein Abtausch statt in dem Sinne, dass ihr vom Land des dortigen Erziehungsheimes 2 Parzellen von 52,76 a und 52,97 a, den sogenannten Vinelz-Beunden, überlassen wurden, während sie dem Heim eine solche von 105,07 a in der «Büri-Allmend» abtrat.

In Ins sind mit der Einwohnergemeinde 8,50 a Land der Domäne St. Johannsen gegen eine Parzelle von 8,37 a abgetauscht worden.

3. *Amt Konolfingen.* Vom Lorygut in Münsingen wurde mit Schwestern Flückiger ein Landabschnitt von 3,71 a gegen ebenfalls 3,71 a Land wertgleich abgetauscht.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarwangen	—	—	33	95	1 130	Tausch
Bern	4	—	13	07	156 400	240 000.—
Burgdorf	—	—	—	1	—	—.—
Erlach	—	1	24	71	3 960	1 000.—
Interlaken	—	—	6	50	260	1 300.—
Konolfingen	—	—	3	71	410	Tausch
Neuenstadt	1	—	1	10	29 360	29 300.—
Nieder-Simmental	31	25	42	89	288 270	470 975.50
	36	27	25	94	479 790	742 575.50
Seegrund-Abtausch				33		
	36	27	26	27	479 790	742 575.50

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarberg	—	—	2	79	140	—
Aarwangen	—	—	41	49	1 450	754.—
Bern	—	—	5	68	3 400	—
Büren	—	—	2	—	100	594.—
Burgdorf	—	—	—	—	—	95.—
Erlach	—	1	19	87	3 700	100.—
Fraubrunnen	—	—	—	—	—	49.—
Interlaken	—	—	—	55	300	—
Konolfingen	—	—	13	25	660	3 129.50
Laupen	—	—	—	—	—	15.—
Moutier	—	—	44	84	940	4 484.—
Neuenstadt	—	—	26	—	130	130.—
Nidau	—	—	2	30	640	3 450.—
Saanen	—	—	—	—	—	170.—
Signau	—	—	—	—	—	14.—
Trachselwald	—	—	4	64	140	2 605.50
Wangen	—	—	—	—	—	47.—
Kanton Freiburg	—	—	—	—	—	130.—
	—	2	63	41	11 600	15 767.—
Seegrund und Flussbett	—	1	12	86	—	1 633.50
	—	3	76	27	11 600	17 400.50

Seegrund- und Flussbettverkäufe

		ha	a	m²		Kaufpreis Fr.
Brienzersee:	Niederried	—	—	4	an Fritz Schulthess, Bern	16.—
Thunersee:	Merligen	—	—	97	an Georg Rickli, Bern	320.—
Wohlensee:	Wohlen	1	09	75	an Bernische Kraftwerke AG., Bern	1097.50
Aare:	Thun	—	2	10	an Einwohnergemeinde Thun	200.—
		1	12	86		1633.50

Ausweis über die Veränderungen

	ha	Erdreich a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1949	3339	49	26	94 283 164.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gem. Aufstellung	27	25	94	479 790.—
b) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen	1	19	11	1 234 888.—
	3367	94	31	95 997 842.—
Verminderung im Jahre 1950:				
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung . .	2	63	41	11 600.—
b) Berichtigungen infolge ordentlicher Schatzungsveränderungen	—	33	41	100 690.—
Bestand der Domänen am 31. Dezember 1950	3364	97	49	95 885 552.—

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf	Fr.	1 081 156.27
Im Voranschlag waren vorgesehen	»	1 026 918.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	54 238.27
Dieser Mehrertrag setzt sich zusammen aus:		
Mehreinnahmen beim Ertrag	Fr.	88 481.85
Mehrausgaben	»	34 243.58
	Fr.	54 238.27

X. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1950 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)				Fr. 8 561 713.28
Kommissionen, netto				» 1 852 166.03
Ertrag des Wechselportefeuilles				» 1 740 333.05
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen				» 942 207.88
Ertrag der Liegenschaften				» 246 906.46
Verschiedenes				» 491 964.98
				Fr. 13 835 291.68
Wovon abgehen:				
Verwaltungskosten			Fr. 9 189 528.52	
Steuern und Abgaben			» 1 202 661.56	
Verluste und Abschreibungen:				
Verluste auf Wechseln	Fr.	12 254.20		
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	»	21 068.70		
Abschreibungen auf Mobiliar	»	107 718.04		
Abschreibungen auf Bankgebäuden	»	145 720.46		
Rückstellungen für besondere Risiken	»	208 132.95		
	Fr.	494 894.35		
Abzüglich Wiedereingänge	»	56 092.40		
			» 438 801.95	
				» 10 830 992.03
			Jahreserträgnis	Fr. 3 004 299.65
Beantragte Verwendung:				
1. 4 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000			Fr. 1 600 000.—	
2. Zuweisung an den Reservefonds			» 200 000.—	
3. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken			» 1 204 299.65	
				Fr. 3 004 299.65

XI. Hypothekarkasse

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Darlehen auf Hypothek	Fr.	19 373 934.80
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	»	27 850.95
	Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung	»	87 250.73
	Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	»	1 520 948.14
	Bankendebitoren	»	5 985.46
	Ertrag der Provisionen	»	33 242.37
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen	»	1 599 157.90
	Ertrag der Liegenschaften	»	30 985.10
	Summe des Rohertrages	Fr.	22 679 355.45

Kosten:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr.	3 310 604.55	
	Verzinsung der Pfandbrief-Darlehen	»	1 455 705.25	
	Langfristige Kassaobligationen	»	195 000.—	
	Kassascheine und Obligationen	»	1 844 212.65	
	Spareinlagen	»	3 059 328.23	
	Spezialfonds	»	8 260 557.29	
	Depositen in Kontokorrent	»	246 935.62	
	Kreditoren auf Sicht	»	24 151.24	
	Kommissionen	»	24 779.38	
	Bankbehörden und Personal	»	764 468.40	
	Pensionskasse	»	57 346.15	
	Geschäfts- und Bureaukosten	»	59 268.08	
	Emissionskosten für feste Anleihen	»	300 000.—	
	Steuern und Abgaben	»	766 998.45	
	Verluste und Abschreibungen	»	1 789.20	
	Rückstellung für Baufonds	»	558 000.—	
	Zuweisung an Reservefonds	»	400 000.—	
	Verzinsung des Stammkapitals	»	1 200 000.—	
				» 22 529 144.49
	Ergibt einen Reinertrag von			Fr. 150 210.96

Gegenüber dem Reinertrag des Vorjahres von Fr. 150 184.46 ergibt sich für das Jahr 1950 ein Mehrertrag von Fr. 26.50.

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke weist für 1950 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1949		Fr. 136 668.75
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft		» 13 840 621.45
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft		» 288 721.90
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften		» 403 966.45
		Summa Rohertrag	Fr. 14 669 978.55
Soll:	Obligationenzinse	Fr. 816 043.95	
	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	» 2 420 376.75	
	Abschreibungen	» 6 463 269.20	
	Einlage in den Tilgungsfonds	» 700 000.—	
	Einlage in den Erneuerungsfonds	» 650 000.—	
			» 11 049 689.90
		Bleibt ein Reinertrag von	Fr. 3 620 288.65

Der Reinertrag wurde wie folgt verwendet:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr. 50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	» 350 000.—
$5^1/_2$ % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	» 3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	» 140 288.65
	Fr. 3 620 288.65

Der Energieabsatz stieg im Berichtsjahr um 148 905 127 kWh von 1 212 935 540 kWh auf 1 361 840 667 kWh.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt gestaltet sich die Energieabgabe in kWh wie folgt:

	1950	1949
Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Haushaltungen	691 369 974	623 265 090
Normalbahnen	82 479 636	80 190 062
Elektrochemische und elektrothermische Betriebe	173 934 649	122 175 470
Schweizerische Elektrizitätswerke	366 081 987	368 757 918
Ausländische Elektrizitätswerke	47 974 421	18 547 000

Zunahmen weisen auf: Allgemeines Licht- und Kraftnetz 68 104 884 kWh, Normalbahnen 2 289 574 kWh, elektrochemische und elektrothermische Betriebe 51 759 179 kWh und die ausländischen Elektrizitätswerke 29 427 421 kWh. Eine Abnahme verzeigen die schweizerischen Elektrizitätswerke um 2 675 931 kWh.

Die Deckung des gesamten Energieabsatzes von 1 361 840 667 kWh erfolgte aus: eigenen Werken mit 479 540 000 kWh (442 065 200), den Kraftwerken Oberhasli, die im Berichtsjahr das Kraftwerk Handeck II mit dem Stausee Räterichsboden sowie die kleinen Akkumulieranlagen Trübtensee und Totensee in Betrieb gesetzt haben, mit 452 189 514 kWh (369 964 823) und fremden Werken mit 430 111 153 kWh (400 905 517).

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 46 106 825.15 im Vorjahr auf Franken 48 595 023.95 gestiegen, was einer Mehreinnahme von Fr. 2 488 198.80 entspricht. Dagegen sind auch die Ausgaben von Fr. 32 275 181.15 im Vorjahr auf Fr. 34 754 402.50 gestiegen. Die Zunahme von Franken 2 479 221.35 ist auf höhere Betriebs- und Unterhaltskosten sowie auf vermehrte Ausgaben für den Energiebezug zurückzuführen. Der Bruttoüberschuss des Energielieferungsgeschäftes beträgt Fr. 13 840 621.45 gegenüber Fr. 13 831 644 im Vorjahr.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei Franken 12 560 627.65 (13 846 411.35) Einnahmen und Franken 12 271 905.75 (13 537 461.55) Ausgaben einen Bruttoüberschuss von Fr. 288 721.90 (308 949.80).

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 463 269.20 gegen Fr. 6 421 305.10 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 8. Juni 1951.

Der Finanzdirektor:

Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 29. Juni 1951

Begl. Der Vize-Staatsschreiber: **H. Hof**